

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Hornova nám. 32.

Tagesredaktion: 0.
Nachredaktion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

4. Jahrgang.

Freitag, 30. Mai 1924.

Nr. 127.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 43.—
halbjährlich 95.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Rückmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Dunkle Hintergründe.

Die Attade, die Herr Prásek vorgestern im Senat ritt, war gegen alles mögliche gerichtet: gegen Svehla, gegen die Regierung, gegen Rajarsk, gegen Dr. Benes, gegen Lomasel und gegen die Koalition. Práseks nunmehriges Leitblatt, die ehemalige tschechisch-jüdisch-kapitalistische „Tribuna“, meint in der — wenn auch versteckten — Verteidigung ihres neuesten Soutenierers, Prásek sei zu seiner „Verteidigung“ durch die Rede des kommunistischen Senators Bruza, der die Spiritusaffäre aufgerollt habe, „provokiert“ worden. Aber von der Absicht einer „Verteidigung“ war wenig zu merken; davon könnte nur gesprochen werden, wenn Prásek endlich über die Verwendung der Spiritusmillionen Aufklärung gegeben hätte. Doch er nannte vorausgabte Posten aus dem Spiritusfonds nur insoweit, als sie den Zwecken seiner Bosheit dienten. An der Konstatierung, daß aus diesen Geldern der Rajarskfonds drei Millionen Kronen empfangen habe, merkte man die Absicht, die da jagte: was entrüstet ihr euch, die ihr mich gestürzt habt, da ihr doch selber ohne Abscheu für eure Fonds Geld von den Spiritusleuten angenommen habt! Auch daß Prásek erzählte, ein Teil der Spiritusgelder sei zur Deckung der Verluste der Spiritusgenossenschaft verwendet worden, die ihr, nach Práseks Behauptung, durch die Unwirtschaft des Versorgungsministeriums zugefügt wurden, läßt nicht darauf schließen, Herr Prásek habe die Gelegenheit gesucht, die Spiritusgeldergeschichte aufzuklären, sondern eher darauf, der Regierung ein zu nersehen. Hätte er sich zur Rechtfertigung „provokiert“ gefühlt, er hätte endlich das einzig mögliche tun müssen: anzukündigen, daß er sich von dem Vorwurf, Bestechungen geübt zu haben, gerichtlich reinigen wolle, oder die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission fordere. Aber über solchen Reinlichkeitsgefühlen steht ja der Spiritusfondsverwalter „viel zu hoch“.

Man muß also schon sehr naiv sein, zu glauben, Prásek habe nach fünf Monaten Schweigens plötzlich die Sprache gefunden, weil er sich zum Reden durch einen unvermuteten Angriff „provokiert“ gefühlt habe. Práseks Auftreten war vielmehr sehr „vermutet“, wie man noch sehen wird. Daß die Spiritusgeschichte nur einen geringen Teil seiner Ausführungen umfaßte, wäre allein schon ein Anhaltspunkt für diese Annahme, aber noch mehr spricht dafür, daß Prásek schon zwei Tage in der Nähe der Rednertribüne auf der Louer lag, das Stichwort zu erhalten, um sich „provokiert“ zu fühlen und seine Rede, die er wohlverwahrt und vorbereitet in der Brusttasche trug, loslassen zu können. Seine Gegenangriffe waren nicht improvisiert, nicht spontan „herausgefordert“ worden, sondern von langer Hand vorbereitet, und er trug den Dolch im Gewande, schon als am Dienstag der Senat zusammentrat, welcher Zeitpunkt recht auffälligerweise mit der Rückkehr des Präsidenten von seiner Italienreise zusammenfällt. Bemerkenswert und wenig für die zufällige „Provokierung“ Práseks ist jedoch noch mehr, und das läßt die Rolle, welche die Kommunisten bei der Sache spielten, mehr als sonderbar erscheinen. Schon vor der Rede des Kommunisten Bruza, wußte der ganze Senat, wenn Bruza über die Spiritusaffäre reden „sollte“, so werde auch Prásek reden. Und Bruza sprach, worauf ihm Prásek prompt mit seiner, in allen Details vorbereiteten Rede folgte. Dieser Spielplan mußte schon vordem auch außerhalb des Senates bekannt sein, denn schon seit Dienstag hielt sich der kommunistische Abgeordnete Salek n, offenbar als Hordposten, im Hause auf und am Mittwoch, als das Auftreten Práseks herannahte, erschien auch der kommunistische Abgeordnete Lauffig und gleich drei Redakteure des „Rude Pravo“! Seit Bestand des Senats ward auf der Journalistengalerie des Senats noch nie ein Redakteur des „Rude Pravo“ gesehen, vor-

Millerand muß abdanken!

Kein Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung.

Paris, 29. Mai. (Sabas.) Der Kongreß der französischen Sektion der zweiten Internationale hat sich mit 1724 gegen 666 Stimmen gegen die Teilnahme an der Regierung ausgesprochen.

Der Kongreß nahm ferner folgende Tagesordnung an: Die sozialistische Partei hält dafür, daß Präsident Millerand durch seine Teilnahme am politischen Kampf zugunsten der reaktionären Kräfte, die ihm durch seine Stellung auferlegten Pflichten in ernstlicher Weise verkannt hat und beauftragt daher ihre parlamentarische Fraktion, daß die sozialistischen Deputierten jedem Regierungschef ihre Stimme verweigern sollen, der von Millerand mit der Regierungsbildung beauftragt werden sollte. Hierauf sprach sich der Kongreß gegen den Eintritt der Sozialisten in das Kabinett aus.

Macdonalds Sturz oder Neuwahlen.

Kritische Situation der Arbeiterregierung.

London, 29. Mai. (M.) Heute wird das Unterhaus die Verhandlungen über den Vorschlag der Konservativen auf Streichung von 100 Pfund vom Gehalte des Arbeitsministers fortsetzen, als Mißtrauenslundgebung gegenüber der Regierung in ihrer Politik bezüglich der Arbeitslosenfrage. Die Regierung hat mitgeteilt, daß sie die Annahme dieses Antrages als Mißtrauensvotum ansehen würde, welches entweder ihren Rücktritt oder die Auflösung der Kammer zur Folge hätte. Da sich die Arbeiterpartei und die konservativen Parteien bei der Abstimmung in voller Kraft gegeneinander stellen werden, hängt die Entscheidung von der liberalen Partei ab. Man erwartet daher mit Spannung, welchen Beschluß die Liberalen in dieser Richtung fassen werden.

Den „Times“ zufolge erwartet die Regierung, daß sie bei der heutigen Abstimmung eine kleine Mehrheit für sich haben werde. Der „Manchester Guardian“ erfährt, daß der Beschluß der Liberalen wahrscheinlich zugunsten der Regierung lauten werde, daß aber viel von der Rede abhängen werde, welche, wie man erwartet, anfänglich der heutigen Wechselrede Macdonald halten wird.

Eine spätere Reuters-Meldung lautet: Es ist möglich, daß die Regierung heute abend geschlagen wird. Macdonald erklärte im Unterhause, daß für den Fall, daß die Regierung geschlagen würde, er an das Volk appellieren werde, was auf den Ministerbänken lauten Beifall fand.

Noch keine Reichsregierung.

Berlin, 29. Mai. (Wolff.) Ueber die Unterredungen zwischen dem Reichskanzler und den Parteiführern, insbesondere mit dem Abgeordneten Hergt, ist bisher noch kein Ergebnis bekannt. Auch die Angaben der Presse über die als Reichsminister in Aussicht genommenen Persönlichkeiten, beruhen, wie das Wolff-Bureau erfährt, auf Kombinationen.

Beendigung des polnischen Bergarbeiterkonfliktes.

Warschau, 29. Mai. Gestern wurde die neue Lohnabmachung im Dombrowaer und Krakauer Kohlenrevier unterfertigt. Die neue Lohnabmachung sieht eine ganz geringe Lohnrückbildung vor und gilt bis 1. März 1925. Die Bergarbeiter in Polnisch-Oberschlesien haben die letzte Entscheidung, betreffend die zehnprozentige Lohnrückbildung, akzeptiert.

Ein Vorstoß der Agrarier

Der Kampf um den Getreidezoll.

Vor einigen Tagen hat die Regierung Seipel in Oesterreich den neuen Zolltarif vorgelegt, dessen wesentlicher Bestandteil die Wiedereinführung von Getreidezöllen ist. Auch in der Tschechoslowakei scheint der Kampf um die Getreidezölle in das entscheidende Stadium treten zu wollen. Die tschechischen agrarischen Abgeordneten haben am Dienstag eine Sitzung abgehalten, in der die Forderung aufgestellt wurde, daß in der Zollgesetzgebung Industrie und Landwirtschaft gleichmäßig behandelt werde, mit anderen Worten, es wird angefordert, das Bestehen von Industriezöllen auch die Wiedereinführung des Getreidezolles verlangt.

Seit dem Beginn des Krieges sind die Getreidezölle aufgehoben. In den Hungerjahren des Krieges war die Aufhebung der Getreidezölle eine gebieterische Notwendigkeit, die Einfuhr von Getreide mußte mit allen Mitteln gefördert und erleichtert werden, umso mehr als die Ernährung der Bevölkerung selbst eine Bedingung der Kriegsführung war. Auch nach dem Kriege hielt der Brot- und Mehlmangel noch einige Jahre an. Damals war das ausländische Getreide teurer als das inländische, dessen Preis infolge der staatlichen Bewirtschaftung und der Festsetzung der Uebernahmepreise herabgedrückt wurde. Die Forderung der Agrarier ging damals nach der Angleichung des Preisniveaus des inländischen Getreides an das des ausländischen.

Nachdem die Landwirtschaft im Inlande sowie im Auslande die Folgen des Krieges überwunden hatte und die staatliche Zwangswirtschaft beseitigt worden war, stiegen die Preise des inländischen Getreides, der Ausgleich mit den Weltmarktpreisen trat ein. In diesem Augenblick änderte sich die Parole der Agrarier. Nachdem ihre erste Forderung erfüllt worden war und die Zulandspreise auf gleicher Höhe standen wie die Preise des ausländischen Getreides, forderten sie nunmehr Schutz vor der ausländischen Konkurrenz, das heißt, sie verlangten, daß der Staat alle Hebel in Bewegung setze, damit in der Tschechoslowakei Getreide nicht zum Weltmarktpreis, sondern zu einem höheren Preis verkauft werde.

Das einfachste Mittel, um diese Forderung der Agrarier zu erfüllen, wären Getreidezölle. Die Getreidezölle verleiern nämlich nicht nur den Preis des ausländischen Getreides um den Zollbetrag, der an der Grenze entrichtet werden muß, sondern naturgemäß — da inländisches und ausländisches Getreide in der Regel im Preise gleich stehen — auch den Preis des inländischen Getreides. Im Erntejahr 1922/23 wurden im Monatsdurchschnitt in der Tschechoslowakei 1.201.617 Zentner Weizen- und Roggenmehl verbraucht, davon aus eigener Ernte 940.512 Zentner, während

gestern erschien sogar ein Viertel Duzend, dem auch zwei führende Kommunisten beigegeben waren. Diese Redakteure waren so unorientiert im Senat, daß sie erst fragen mußten, wo sich auf der Journalistengalerie der Platz für den Berichterstatter des „Rude Pravo“ befände. Die Informiertheit des kommunistischen Blattes über die Redeabsichten Práseks, läßt darauf schließen, wie „zufällig“ der Prásek durch die Anzapfung des Kommunisten Bruza sich „provokiert“ fühlte.

Das alles leuchtet in dunkle Hintergründe hinein und deckt Zusammenhänge auf, die erst verständlich werden, wenn man die „Verteidigungsrede“ Karl Práseks auf ihre Beweggründe und ihre Tendenzen näher prüft. Damit Herrn Prásek Gelegenheit gegeben werde, sich zu verteidigen, das hätte weder Herrn Bruza Veranlassung gegeben, ihn zu „provokieren“, noch dem halben Redaktionsstabe des „Rude Pravo“, um sinkt herbeizueilen. Das Ahnungsvermögen des „Rude Pravo“ war sich viel mehr bewußt, daß Prásek sich weniger verteidigen, aber dafür um so mehr angreifen werde. Diese „Ahnung“ trotz bekanntlich nicht.

Die Ausführungen Práseks lassen aber noch andere Hintergründe sichtbar werden, welche die kommunistische Anteilnahme plausibel erscheinen lassen. Práseks erstes Motiv war, Rache zu nehmen an denen, die sich an seiner eigenen Majestät versündigt hatten. Aber seine Rache, wenn sie nur aus den

Worten und Angriffen dieser einen Rede bestünde, wäre nicht genug wirksam. Prásek hat darum mehr getan; was er sagte, kann nur als eine Kampfanfrage und als ein Ruf zur Sammlung aller unzufriedenen Elemente gewertet werden. Prásek hat die Zündschnur der Mine in Brand gesetzt, welche die Koalition in die Luft sprengen soll. Er hat zwar nirgends von der Koalition gesprochen, dafür hat er dem „Marxismus“, das ist in diesem Falle die Anteilnahme der tschechischen sozialistischen Parteien an der Regierung, den Krieg erklärt. Er will die Sozialisten aus der Koalition herausgedrängt sehen, wobei ihm bewußt ist, daß dies die Koalition sprengen und womöglich Neuwahlen zur Folge haben würde. Wenn dieser Plan mißlingen sollte, so hat Prásek noch einen zweiten auf Lager, das ist, durch Sprengung der tschechischen Agrarpartei und durch Gründung einer neuen Partei, sein Ziel zu erreichen, das ist, seine Gegner zu stürzen und selber wieder Führer einer Partei zu werden. Er hat vorgestern im Senat geradezu schon das Programm dieser aus der Taufe zu hebenden Partei entwickelt. Die mit Svehla's Führung und Politik unzufriedenen Agrarier will er in ihr sammeln, aber auch alle, die Gegner des Sozialismus, des „Marxismus“, Gegner jeder sozialpolitischen Gesetzgebung sind, schließlich auch Beamte und Offiziere. Darum entpuppte er sich plötzlich als Lobredner aller „rakusaci“, das ist aller früheren österreichischen und in die Dienste der

Tschechoslowakei übernommenen Offiziere, Richter, Beamten und Polizisten, die er als die „besten Leute“ erklärte, welche der Staat in seinen Diensten habe. Er denkt sogar schon daran, die des Oesterreichertums verdächtigen Bürokraten und Militärs, wenn sie seinem Rufe folgen, materiell zu entschädigen und er will darum „unproduktiven“ Auslagen, darunter sind die sozialpolitischen gemeint, abgeschafft und zur besseren Bezahlung der „rakusaci“ verwendet sehen. Die neue Partei soll eine „rechte“, antisozialistische, reaktionäre, konservative und kapitalistische sein, bei der die „rakusaci“ und alle sonst unzufriedenen Elemente Wahlhilfe leisten sollen.

Es sind dunkle Mächenschaften, welche Práseks Rede an den Tag brachte. Weil Prásek in seinem Ehrgeiz gekränkt wurde, weil sich gegen das Treiben der von ihm repräsentierten kapitalistischen Klasse schließlich doch Widerstand erhob, der ihn wenigstens vom Stuhle des Senatspräsidenten entfernte, will er gegen diese „Marxisten“ alle arbeitereindlichen Elemente sammeln, will, daß der Kurs noch mehr „nach rechts“, das heißt in die kapitalistische Reaktion hinein, getrieben werde. Auch die deutsche Arbeiterchaft dieses Staates wird gut daran tun, diese beginnende neue Entwicklung im tschechischen Lager aufmerksam zu verfolgen und sich nicht für Zwecke einer noch bössartigeren Reaktion als sie schon heute herrscht, irgendwie mißbrauchen zu lassen!

261.105 Zentner eingeführt wurden. Diese Zahlen besagen, daß der größere Teil des erhöhten Getreidepreises als Zoll nicht in die Staatskassa, sondern als Ubergewinn in die Taschen der Agrarier fließen würde. Nun waren die Getreidezölle innerhalb der bestehenden Regierungskoalition nicht durchzusetzen, da sich die sozialistischen Parteien dagegen sträubten, einer Erhöhung der Getreidezölle ihre Zustimmung zu geben. Die Agrarier versuchten es infolgedessen zunächst mit anderen Mitteln. Ueber ihren Druck reichte der Handelsminister im vorigen Sommer Getreide und Mehl aus dem Anmelde- in das Bewilligungungsverfahren ein, das heißt, man mußte zu jedem Kilogramm eingeführten Mehles um die Bewilligung des Außenhandelsamtes ansuchen. Da diese Behörde die Bewilligung nicht in allen Fällen erteilte, wurde die Einfuhr eingeschränkt und die Preise gingen in die Höhe. Ein anderes Mittel, um den inländischen Getreide- und damit Mehl- und Brotpreis in die Höhe zu schieben, sollte die Erhebung einer höheren Umsatzsteuer für eingeführtes Getreide und Mehl sein. Während die Umsatzsteuer für Getreide im allgemeinen ein Prozent beträgt, sollte sie für das ausländische Getreide viel, wie die Agrarier, oder gar acht, wie die Müller wollten, betragen. Da sich nun Agrarier und Müller über die Beute nicht einigen konnten, sind die Agrarier zu ihrer alten Forderung nach Getreidezöllen zurückgekehrt.

Wie der „Volkswacht“ berichtet, hat nun am Dienstag die bereits erwähnte Sitzung stattgefunden, in der der Klub der deutschen agrarischen Abgeordneten beschlossen hat, insoweit keinen Handelsvertrag mit dem Ausland zu genehmigen, als nicht die Gleichstellung der Industrie und Landwirtschaft in zollpolitischer Hinsicht herbeigeführt wird. Die Agrarier verlangen also entweder Beseitigung der Industriezölle, so daß für die Produkte der Landwirtschaft und der Industrie in gleichem Maße Zollfreiheit herrscht oder Einführung von Getreidezöllen. Da nun die übrigen tschechischen bürgerlichen Parteien, die Vertreter der Industrie, niemals in eine Beseitigung der Industriezölle einwilligen werden, kann der Ausgleich zwischen den verschiedenen Schichten der Bourgeoisie nur in der Einführung von Getreidezöllen gefunden werden. Diese Gefahr ist tatsächlich da. Die „Narodni Listy“, das Sprachrohr der tschechischen Industriellen, erklären bereits in ihrem Leitartikel vom 28. Mai, daß an eine Beseitigung der Industriezölle nicht zu denken ist und daß gegen die Einführung „mäßiger“ Getreidezölle nichts einzuwenden wäre, die Einführung von Getreidezöllen hätte den Nutzen, daß man damit ein Kompensationsobjekt in den Handelsvertragsverhandlungen in die Hand bekomme, daß man gewissen Staaten gegenüber die Getreidezölle auf ein Mindestmaß herabsenken und von diesen die Herabsetzung ihrer Einfuhrzölle auf Industrieartikel verlangen könnte. Diese Argumentation ist natürlich ganz falsch, denn sind einmal Getreidezölle im Zolltarif festgesetzt, dann werden sich die Agrarier mit Händen und Füßen dagegen wehren, daß wir Handelsverträge abschließen, in denen diese Getreidezölle zur Gänze oder zum größten Teile wieder beseitigt sind. Dafür bürgt schon der Einfluß der Agrarier in einer Regierung, in der der Posten des Ministerpräsidenten, des Ministers des Innern und des Landwirtschaftsministers in ihren Händen ist.

Die Arbeiterschaft der Tschechoslowakei steht vor einer großen Gefahr. In der Zeit der Wirtschaftskrise wurden ihre Löhne um 30 bis 50 Prozent gekürzt, ihre Lebenshaltung herabgesetzt. Nun bereiten die Agrarier im Bunde mit der industriellen Bourgeoisie einen zweiten Angriff auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft vor, die wich-

tigsten Lebensmittel, Brot und Getreide, sollen verteuert werden. Die Arbeiterschaft muß auf diese Gefahr aufmerksam gemacht werden, sie muß alles daran setzen, um diesen Angriff auf ihre Lebenshaltung abzuwehren. Wir müssen uns damit vertraut machen, daß wir dies nicht in nicht zu langer Zeit vor schweren wirtschaftlichen Kämpfen stehen, vor dem Kampf um den lebensvertuernden Getreidezoll, denn die tschechischen Agrarier haben die Absicht, die Einführung des Getreidezolles noch vor der neuen Ernte 1924 zu erzwingen.

Unsere deutschen Mittelschullehrer.

Am 18. Mai brachten wir den Artikel eines deutschen Mittelschullehrers, zu dem wir vom Reichsverband deutscher Mittelschullehrer eine § 19-Berichtigung erhielten, die wir am 28. Mai entsprechend dem Pressekodex zum Abdruck brachten, ohne, daß wir zuvor die Meinung unseres Gewährsmannes hätten einholen können. E. P. schreibt uns nun:

Wir besitzen eine große Literatur schätzbare Berichtigungen, welche durch Feststellung einer formalen und der Sache nach völlig bedeutungslosen Ungenauigkeit den berechneten Eindruck hervorzurufen trachten, daß die Sache selbst falsch berichtet worden sei. Der „Reichsverband deutscher Mittelschullehrer“ darf die traurige Ehre für sich in Anspruch nehmen, auf diesem unruhigen Gebiete mit seiner oben abgedruckten Züftelei eine Muster- und Meisterleistung zustande gebracht zu haben.

Er berichtet also unter 2., daß sich der „Hauptauschuß“ niemals mit der Frage des Religions- und Moralunterrichtes befaßt habe. In den „Mitteilungen“ des Verbandes vom 15. November 1923 (XXII. Jgg., Nr. 18/19, S. 136) liest man aber wörtlich: „Bekanntlich hat der Reichsverband in seiner Hauptleitungsung im Juni l. J. einstimmig eine Entschliessung gefaßt, in welcher er sich für die Beibehaltung des Religionsunterrichtes und gegen die Einführung des weltlichen Moralunterrichtes an den Mittelschulen ausspricht.“ Die lede Ablehnung klammert sich also an den belanglosen Irrtum, daß die „Entschliessung“ nicht vom „Hauptauschuß“, sondern von der „Hauptleitung“ gefaßt wurde. Die Rechtheit ist um so emporender, als laut §§ 17 und 18 der Satzungen alle Mitglieder des „Hauptauschusses“ auch zugleich Mitglieder der „Hauptleitung“ sind, den fraglichen Beschluß also im Rahmen der größeren Körperschaft mitgefäßt haben. Wir überlassen es jedem, sich auf Grund dieses Tatbestandes über den Mut und die Aufrichtigkeit dieser waderen Jugendbildner das gebührende Urteil zu formen.

Wenn unter 3. behauptet wird, daß die „Leitung“ des Verbandes nie einen Beschluß der Ortsgruppe Budweis veröffentlicht hat, so steht es um diese in Nr. 6 des XXII. Jahrganges der „Mitteilungen“ auf Seite 43 (Titelseite des Heftes!) erfolgte Veröffentlichung genau ebenso: Vermutlich hat sie formal nicht die „Leitung“, sondern der „Schriftleitungsausschuß“ veranlaßt, aber erfolgt ist sie mit dem Willen der Leitung entspricht sie, weil weder gleichzeitig noch nachher irgendein Widerspruch laut wurde. Es ist eine wirklich kostbare Verbandsleistung, die von den auf der Titelseite des Verbandsorganes abgedruckten Aufsätzen nichts gewünscht zu haben vorgibt, und ein löstliches Verbandsorgan, das mit seinen Veröffentlichungen nicht den Willen des Verbandes widerspiegelt. So drücken sich

Mademiker mit formalen Ausflüchten um ihre Pflicht der sachlichen Verantwortlichkeit herum!

Die Punkte 4., 5. und 6. haben mit dem Wesen einer Berichtigung nichts zu tun. Sie widerlegen nämlich in der unzulässigen und bewußt irreführenden Form einer „Berichtigung“ Schlussfolgerungen, die wir aus dem Budweiser Beschluß gezogen und durch ein „dennach“ deutlich als unsere subjektive Meinung formuliert haben. Und da müssen wir schon sagen, daß keinerlei Mißbrauch des § 19 unsere Behauptung widerlegt, daß die dem „Schriftleitungsausschuß“ so sympathische „Entschliessung“ von Budweis, falls sie durchgeführt würde, alle jene bösen Früchte zeitigen müßte, von denen wir gesprochen haben.

Zu tschudistischen Bräuden, deren Kenntnis wir einem „deutschen“ Verband ohne eine so überzeugende Probe nie zugemutet hätten, kehrt wieder der § 7 der Berichtigung zurück. Wir erinnern die Herren vom „Verbande“ an Nr. 10/11 des XX. Jahrganges vom 30. Mai 1921, wo auf Seite 93ff vom „Verband der deutschen Staatsangestelltenvereinigungen“ die Rede ist und wo im Anfruf zur Gründung des Gesamt-Verband-Organes „Der deutsche Staatsangestellte“ berichtet wird, daß diesem Gesamt-Verband „bereits 17 Fachgewerkschaften mit ungefähre 15.000 Mitgliedern angehören“. Bis heute noch werden 50 Heller vom Monatsbeitrag jedes Mittelschullehrers an seinen Verband dem Gesamt-Verband abgeführt und ihm „Der Staatsangestellte“ dafür gratis geliefert. Also nicht der einzelne Mittelschullehrer ist Mitglied der bürgerlichen Beamtengewerkschaft, sondern der ganze Mittelschullehrer-Verband ist dieser „Gewerkschaft“ angegeschlossen. Man kann gar nicht dem Mittelschullehrer-Verband beitreten, ohne nicht schon dadurch der „Gewerkschaft“ anzugehören — freilich nicht individuell, sondern kollektiv, was den Berichtigern den Ansel- oder Drehpunkt liefern muß.

Was schließlich die eng zu einander gehörigen Punkte 1., 8. und 9. anlangt, so lautete der § 8 der Satzungen ursprünglich: „Mitglied des Verbandes kann jeder Deutsche ohne Unterschied des Geschlechtes werden, der auf Grund akademischer Studien für das mittlere Schulwesen lehrbefähigt ist. Ueber die Aufnahmebefähigung anderer entscheidet die Hauptleitung.“ Da der Begriff „anderer“ auch auf Nichtdeutsche hätte bezogen werden können, beantragte die Hauptleitung bei der Dmüber Haupttagung die Umstilfierung in „bei anderer Vorbildung“, und diese Aenderung wurde auch angenommen. Wir wissen aus verlässlicher Quelle, daß leitende Männer des Verbandes auf die private Anfrage, ob diese Aenderung den „Arieparagraphen“ bedeute, ausweichend geantwortet und das Recht des Verbandes, sein „deutschen Charakter zu wahren“, betont haben. Auf diese Auskunft hin sind einige Professoren unter Hinweis auf den § 8 ausgetreten, wie man auf Seite 48 der „Mitteilungen“ vom 15. April 1924 (XXIII, 8) lesen kann, weitere Austritte sollen noch erfolgen. Sollte die Aenderung des § 8 nicht den „Arieparagraphen“ bedeuten, dann hätte der Verband gewiß die austretenden Herren zum Weiterverbleib veranlassen können. Aber man wolle den Austritt und scheut sich aus, das Kind beim rechten Namen zu nennen.

Wenn wir in unserer Erwiderung so ausführlich geworden sind, so zwang uns dazu das unaufrichtige, die Form statt der Sache aufgreifende und in allem Wesentlichen vorsichtig ausweichende Gerede des „Verbandes“ und seines bedauernswerten Beauftragten. Wir taten es aber auch, weil erst durch diese erbärmliche „Berichtigung“ das Bild, das wir von unseren deut-

schen Mittelschullehrern entworfen haben, die richtigen und satten Farben erhalten hat. Es ist traurig, ja niederschmetternd, daß Männer, die unsere Jugend zu Wahrheit und Ueberzeugungstreue, zu Mut und Selbstverantwortlichkeit erziehen sollen, sich von Leuten führen lassen, die jämmerlich ausweichen und sich wie Talmudschüler drehen, sobald sie für ihre Beschlüsse und Ueberzeugungen männlich eintreten sollen.

Inland.

Gemeindegeder für Parteizwecke.

Eine der häufigsten „Anlagen“, die von bürgerlicher Seite gegen unsere Partei erhoben wird, ist die, daß unsere Genossen in den Gemeinden Parteipolitik treiben. Das wäre auszuhalten und schließlich haben wir ja unsere Vertreter nicht in die verschiedenen Körperschaften gewählt, damit sie bürgerliche, sondern, damit sie sozialistische Politik machen. Das mag freilich über das Begriffsvermögen vieler bürgerlicher „Politiker“ gehen, ist für uns jedoch selbstverständlich. Diejenigen aber, die derartige Anlagen erheben, wollen damit sagen, daß unsere Genossen ihre Funktionen für die Partei mißbrauchen. Den Beweis für solche Behauptungen bleibt sie aber stets schuldig. In dessen aber tun gewisse bürgerliche Parteien selbst das, was sie uns zu Unrecht vorwerfen. So verfenet die „Heimstätte“, bekanntlich eine Gründung des Bundes der Landwirte, und mit diesem innig verknüpft, an die Gemeinden ein Zirkular, in welchem dem langen und breiten die „idealen“ Zwecke der „Heimstätte“ angepriesen werden. Gleichzeitig werden die finanziellen Schwierigkeiten dieser Organisation, die als „Fachorganisation“ bezeichnet wird, geschildert und zum Schluß rücken die Herrschaften dann mit der Sprache heraus:

„Die Fachorganisation „Heimstätte“ glaubt daher keine Fehlbilte zu tun, wenn auch an die dorige Gemeinde mit der Bitte herangetreten wird, unserer Organisation „Heimstätte“ einen Betrag gütigst zu widmen.“

Unterfertigt ist dieser Bettelbrief von einem Herrn Dr. Gezel-Rittersfeld (?), und von Abg. Zierhut, Abg. Franz Heller und von Herrn Rudolf Böhm in Niederrebersdorf. Interessant ist, daß der Letzgenannte als Gemeindevorsteher zeichnet, obwohl er seit der im Oktober v. J. erfolgten Konstituierung nicht mehr Gemeindevorsteher ist. Offenbar kann er den Verlust dieses Titels nicht verschmerzen und gebraucht ihn, um sich zu trösten, noch weiter.

Aus dem Schreiben geht zunächst das eine hervor, daß die reichen Mitglieder des B. d. L. verdammt wenig Interesse an ihrer „Fachorganisation“ haben, für ihre finanziellen Schmerzen kein Verständnis zeigen und sie auf den Bettel angewiesen sein lassen. Des weiteren aber tritt zutage, daß sich die Landbändler absolut nicht genehmen, Gemeindegelder für Parteizwecke nicht nur zu nehmen, sondern um diese direkt zu schnorren. Das geht natürlich voraus, daß sie überzeugt sind, bei ihren Vertretern in den Gemeinden ein williges Gehör zu finden. Die „Heimstätte“ beschäftigt sich mit der Vermittlung von Grundläufen und Verkäufen, ist somit ein geschäftliches Unternehmen. Sie wurde aber in der Hauptsache zu dem Zwecke gegründet, um den Zentralverband der Kleinbauern und Häusler Mitglieder abzutreiben und sie dem

Die kleine Lotte.

Roman von Simone Bodève. (7)

(Copyright by Internationales Verlag „Renaissance“, Wien.)

„Piep! Piep! Piep!“ Wieder kommt Mutter, wieder regnet es Ohrfeigen, diesmal um sie still zu machen.

„Wein leise,“ rät Lotte.

Lotte und Mimi schlafen zusammen im Alkoven neben dem Speisezimmer. Ihr Bett ist Großvaters altes Bett. Großvater war zuletzt gelähmt, ist dann in seinem großen Zimmer gestorben. Das Bett hat eine Sprungfedermatratze. Abends — kaum ist Mutter fort und hat die Lampe ausgelöscht — erheben sich die kleinen Mädchen — legen das Federbett genau in die Mitte. Dann steigen sie oben hinauf, lassen sich niedersalzen. Plumps! Man springt auf, wie ein Ball. Ist das lustig! Aber diese Mimi! Mit dem Lachen gehts ihr wie mit dem Weinen. Mutter hört sie natürlich, eilt zornig herein, und es geht wieder was ab.

„Schlingel! Wie ich in eurem Alter war, band mir meine Mutter das Hand um die Beine fest — so mühte ich wohl stille halten. Höri auf, wenn ihr nicht wollt, daß ich euch dasselbe tue.“

Kaum ist Mutter fort — hüft Lotte hinterher — schnell — auf bloßen Füßen zum Speisezimmer — da liegt in der Schublade ein Knäuel Bindfaden. Lotte bindet Mimi an. Mimi bindet Lotte. Bald lockt Mutter neues Geschrei. Lotte hat Mimi so fest angebunden, daß es nicht mehr möglich ist, sie loszumachen.

Die Kinder schlafen endlich ein. Vorher weint Mimi, hört Lotte zu, die Geschichten erzählt — von Großmutter, welche die kleine Schwester nicht gekannt hat.

Mademoiselle Collon tut Unrecht, vorzu-

geben, daß Lotte unwiderruflich von dem Geist des Bösen gezeichnet ist. Schon beginnt sie Ungerechtigkeit zu begreifen.

Einmal gibt es zur Vier-Uhr-Vesper neun Pflaumen. Mutter teilt. Die Kleinen essen. Lotte kommt auf den Gedanken, die Kerne zu zählen. Sie hat vier, Mimi fünf — so fordert sie ihre fünfte Pflaume ein.

Mutter hat keine mehr. Mimi weint, bietet Lotte vergeßlich ihre Vesper vom nächsten Tag an. Nichts vermag sie zu rühren. Lotte will ihre fünfte Pflaume.

Des Kampfes müde, setzt Mutter sie schließlich auf den Treppenschlur hinaus. Das Kind bleibt hier lange, lange auf einer Stufe sitzen. Es weint nicht mehr, ganz erschöpft. Die Hausbesorgerin hat das Gas schon ausgelöscht. Lotte schläft ein, erwacht vor Mitternacht. Ein schwerer Schritt läßt sich vernehmen. Wankend nähert sich ein Mann — singt mit weinbeschwerter Stimme, steigt in ihr Stockwerk hinauf.

Lotte erhebt sich zitternd.

„De — was — läuft man weg, wenn ich komme?“

Vater ist. Er küßt sie auf die Wange, macht sie ganz naß.

Vater wird immer böser. Alle Abende kehrt er nun spät heim, schreit. Lotte hat immer Angst, wenn er vorbeigeht, im Speisezimmer stehen bleibt. Hat er nicht eines Nachts Mutter aufstehen hören, damit sie ihm das Nachtmahl richte?

Am Samstag gibt es immer Rechnungen bei den Speditoren einzufordern.

Vater nimmt sie mit, kommt nicht wieder. Da trinkt man schnell zu Abend noch eine Tasse Schokolade oder Milchschokolade, legt Mimi schlafen und Mutter geht mit Lotte den Vater suchen. Lise nimmt, damit man sie achte, nicht für ein schlechtes Weibsbild halte, ihre Tochter mit.

Sie finden Charles bei einem Weinändler in der Rue Saint-Apolline. Da spielt er Karten mit seinen Freunden. Zuerst ist er freundlich, will, daß sie etwas trinken. Lise mag nicht, Lotte schläft ein, den Kopf auf dem Tisch. Gegen zwei oder drei Uhr morgens entschließt sich der Vater zu gehen.

Kaum sind sie draußen, beginnen Vater und Mutter zu zanken. Eines Nachts, auf dem Boulevard, schlagen sie aufeinander los. Charles zieht Lise an den Haaren einige Meter weit. Das Kind wirft sich auf ihn, haut mit beiden Fäusteln drauflos. Es fällt in eine heftige Krampfkriese. Man muß heimkehren, Lotte hinlegen, bei ihr wachen, einen Arzt holen. Man befürchtet eine Gehirnentzündung. Vierzehn Tage lang bleibt Charles zu Hause.

Einige Zeit nachher ist Preisverteilung.

Trotz ihres „schwachen Kopfes“ soll Lotte einen ersten Preis aus Rechnen erhalten. Wagt aber nicht, hinzugehen, ihn zu holen, schämt sich ihres ärmlichen dunkeln Kleides. Mimi, die im Chor mitsingt, irtt sich, muß weinend aus der Reihe treten. Bevor man fortgeht, muß man noch die Lobpreisungen mitanhören, die für die unglücklichen, tapferen Lehrerinnen einer Schule bestimmt sind, die so geschaffen ist, daß die Eltern sich kaum für sie interessieren, die Kinder sie selten lieben. Die Besten unter ihnen, die mit Begeisterung eingetreten sind, beginnen allmählich im Anblick der armseligen Ergebnisse den Eifer zu verlieren.

Die Ferien könnten fröhlicher sein; man ist ja zu dreißig. Murr, Mimi und Lotte. Aber mehr als je regnet es Verbote und Strafen. Weichen sie zu Hause, schilt man sie, weil sie zu viel Lärm machen. Sie werden auch geholt, wenn sie, nach Erlaubnis, in den Hof hinuntersteigen. Denn sie kommen nicht zur rechten Zeit wieder, die Einkäufe zu besorgen. So sehnen sich die armen Kinder nach Schulanfang wie nach Freiheit, nach-

dem sie während des Schuljahres die Ferien als Freiheit herbeigesehnt hatten.

Im Oktober gelingt es Mimi endlich, aufzusteigen. Lotte kommt in die vierte. Madame Richelbourg langweilt ihre Schülerinnen nicht zu sehr. Sie ist verheiratet, denkt nur an ihren Haushalt und hat besonders diejenige gern, die ihr am Morgen als erste die Pantoffeln bringt. Sie hat empfindliche Füße und legt die Stragenschuhe ab, sobald sie in die Schule kommt.

Man bewirbt sich eifrig um die Ehre, sie bedienen zu dürfen. Lotte kann das nicht erreichen. Zu Ostern aber, dank der guten Note im Aufsatz, wird sie Schülerin der vorletzten Klasse.

Diese ist Mademoiselle Collon der Älteren anvertraut. Sie ist noch schwächer, noch verträuer, unfreundlicher und frömmere als ihre Schwester. Mademoiselle Collon die Ältere ist nicht mehr Frau oder Lehrerin, sie ist ein Prinzip. Dem Triumph der Gerechtigkeit hat sie ihr Leben geweiht. Man hätte sie nicht ohne Wage und Schwert darstellen können. Bloß, daß sie auf ihren Wagshalen die unähnlichsten Elemente ins Gleichgewicht bringen will. Sie vermag nicht zu begreifen, daß man gut singen und schlecht schreiben kann. „Wer das Gute auf der einen Seite erfährt“, pflegt sie zu sagen, „muß es auch auf der anderen.“ Wer also ein Ding weiß, darf überzeugt sein, für das gestraft zu werden, was er nicht weiß. Unermüdlch senkt sich das Schwert über jedes selbständige Beginnen, um ganz sicher nicht irgendein schlimmes Pflänzchen zu vergessen.

Natürlich hat sie Lotte nicht gern und das Kind erwidert mit gleichem. Lehrerin und Schülerin sind gegeneinander voreingenommen.

In dieser Klasse gewinnt sich Lotte eine Freundin. Die erste seit Lucie Parent. Sie heißt Rachel, ist Jüdin. Wie Lotte, ist auch Rachel schlecht angezogen, wie Lotte hat auch Rachel den Stempel des bösen Geistes.

(Fortsetzung folgt.)

D. d. 2. zuzufügen. Sie ist ein Anhängsel der politischen Partei des Bundes der Landwirte, und wie innig sie mit derselben verbunden ist, beweist der Umstand, daß in den Statuten bestimmt wird, daß im Falle der Auflösung das Vermögen dem D. d. 2. zufällt. Was würden die Herren von Dalm und Kr für ein Geschrei erheben, wenn beispielsweise eine Sachorganisation der Arbeiter an eine Gemeinde mit einem Schnorrbrief herantreten würde? Da die Landwirte in vielen Landgemeinden die Mehrheit besitzen, wüßten aber auch in den Vertretern anderer bürgerlicher Parteien in städtische Selbstverwaltungen, ist es nicht zweifelhaft, daß der „Reinheits“-ziemliche Beträge „gütigst gewidmet“ werden, woraus ersichtlich ist, wer die Gemeinden für Parteizwecke mißbraucht.

Warum und weil, trotzdem und überhaupt.

Bei der Hauptversammlung der deutschnationalen Eisenbahner, die dieser Tage in Prag stattfand, hielt neben dem Abg. Jung auch, wie wir bereits erwähnten, der christlichsozialer Senator Mahr eine Rede. Der Herr Senator erklärte, daß, um in diesem Staate die gebührende Stellung zu erlangen, die Einheit des deutschen Volkes notwendig sei, daher auch der Ruf nach der Einheitsfront. Sie sei bisher vor allem deshalb nicht zustande gekommen, weil die Sozialdemokraten von vornherein den Zusammenschluß abgelehnt haben. So begrüßenswert eine Einheitsfront wieder wäre, so ist sie doch nicht durchzuführen, ja es wäre geradezu ein großer Fehler, weil der parlamentarische Verbund aus prinzipiellen Gründen auseinandergegangen ist, und solange der Gegensatz zwischen den Negativisten und den sogenannten Aktivisten besteht, hat es keinen Sinn, diese zwei Gruppen zusammenzubringen, weil sie wieder auseinandergehen müßten. Also die so notwendige Einheitsfront ist durch die Schuld der Sozialdemokraten gescheitert. Wäre sie aber doch zustande gekommen, so wäre das ein großer Fehler, und da sie nicht zustande kam, und da die Schuld daran die Sozialdemokraten haben, haben diese den Herrn Senator und sämtliche bürgerliche Einheitsapostel vor diesem großen Fehler bewahrt. Das ist doch wohl die logische Schlussfolgerung zu den Ausführungen des Herrn Senators? Mit anderen Worten hätte er sagen können: „Warum wir die Einheitsfront wollen und wie wir sie zustande bringen, wissen wir selber nicht; weil aber die Sozialdemokraten den Schwindel nicht mitmachen, deshalb trifft sie alle Schuld. Trotzdem wir aber die Einheitsfront nicht einmal in bürgerlichen Lager herstellen können, bleibt dennoch die ganze Schuld bei den Sozialdemokraten, und überhaupt ist die ganze Einheitsfront ein Schwindel, an den wir selber nicht glauben“ — und wer sich in dem politischen Programm des Herrn Senators zurechtfindet, bekommt einen Taler.

Seiner Weisheit letzten Schluß aber drückt er in folgendem Satze aus:

„Unsere Forderung und unser Ziel sind die Selbstverwaltung, und die Frage, wie wir die Selbstverwaltung erreichen wollen, ist überflüssig und verfrüht.“

Ein Handwerksbursche wollte von Hamburg nach Triest wandern, da aber Triest sehr weit war, schien ihm die Frage nach dem Weg noch überflüssig und verfrüht, und er piff sich sein Vieblein, sah weder nach rechts noch nach links und ging munter seines Weges, unbekümmert, ob es auch der rechte sei. Bürgerliche Politik.

Der Jglauer Regierungskommissär.

Eine dringliche Interpellation der Abgeordneten Genossen Dr. Czech, Taub und Hadenberg an die Regierung wegen des ungesetzlichen Vorgehens des Regierungskommissärs in Jglau, besagt:

Zu den Grundlagen der Demokratie im Staate gehört es, daß auch die Gemeinden von den gewählten Vertretern der Bevölkerung im Sinne des Willens der Bevölkerung verwaltet werden. Diesem Grundsatze der Demokratie widerspricht die Verwaltung von Gemeinden durch ernannte Regierungskommissäre schon an und für sich und es wäre auf jeden Fall Pflicht der Regierung, wenn sich irgendwo vorübergehend die Notwendigkeit der Einsetzung eines Regierungskommissärs ergeben haben sollte, diesem Zustand so rasch als möglich durch Ausschreibung von Wahlen ein Ende zu machen. Ein ganz unmöglicher und aller Demokratie höhnsprechender Zustand ist es jedoch, wenn, wie dies in Jglau geschieht, einem Regierungskommissär gestattet wird, Monate lang im Widerspruche mit dem Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung, mit Hintansetzung aller Billigkeit unter direkter Verletzung des Gesetzes willkürlich zu handeln.

Wie sehr das Regime des Herrn Regierungskommissärs H. B. H. den Widerstand und den Unwillen der Bevölkerung hervorgerufen muß, geht schon daraus hervor, daß sich selbst der von ihm ernannte Beratungsrat mit einer überwältigenden Majorität gegen ihn zur Wehr setzen mußte und die weitere Mitarbeit gar verweigerte.

Wir können in dem knappen Rahmen einer Interpellation nur die wichtigsten Beschwerden knapp skizzieren. Der eine Hauptpunkt betrifft das Verhalten des Herrn Regierungskommissärs gegenüber der städtischen Angestellten-Schaft. Deutsche Beamte, Arbeiter und Angestellte wurden angeblich aus Sparungsgründen entlassen. In Wahrheit aber wurde das Budget

Prasels Angriff auf Masaryk.

Die Rede des Exsenatspräsidenten Prasel hat in der gesamten politischen Öffentlichkeit berechtigtes Aufsehen hervorgerufen. Ob zwar sich eine ganze Reihe führender tschechischer Koalitionsblätter offenbar deshalb, weil sie die Weisungen ihrer Parteihauptlinge abwarten, zu der neuesten Auswirkung der Spiritusaffäre noch nicht geäußert haben, werden doch die Konturen der

Sitzungnahme der Koalition zu Prasel

erschichtlich. Unbedingt gegen Prasel stellen sich die tschechischen Sozialdemokraten und die tschechischen Nationalsozialisten, sowie der Brünner Flügel der Nationaldemokraten. Die Haltung der Stramagruppe war schon aus dem Benehmen der Senatoren Prasel und Mares, die Prasel während seiner Rede lebhaft zunichte, gegeben. Bei den tschechischen Agrariern herrscht vorläufig noch Schweigen. Es ist nicht nur die Frage, ob Swehla den Willen zeigt, es geht auch darum, ob Swehla den Willen zeigt, gegen Prasel vorzugehen. . . .

Köstlich ist die Haltung der Kommunisten.

„Pravo Lidu“ verzeichnet die Meinigkeit, daß sich im Senat zum erstenmal seit langer Zeit sehr oft der Abgeordnete Haken gezeigt hat, und daß auch zum erstenmal überhaupt im Senat ein Berichterstatter des „Rude Pravo“ antwortend war. „Pravo Lidu“ gibt der nicht von der Hand zu weisenden Vermutung Ausdruck, daß Haken der Autor der Reden der kommunistischen Senatoren gewesen ist, durch die wahrscheinlich nach vorübergehender Einigung Prasel Gelegenheit zu seinem Angriff geboten wurde. Auch „Lidove Robin“ machen auf die merkwürdige Haltung der Kommunisten aufmerksam. Sie fagen:

„Das glänzende Zusammenspiel zwischen Prasel und den Kommunisten wird man sich merken müssen, denn vielleicht werden wir Zeugen dessen sein, daß das „Rude Pravo“ bei seinen Schimpereien die Interessen des Herrn Prasel vertreten wird und Prasel aus dem kommunistischen Lager Bomben werfen wird, auf denen seine Fingerabdrücke zu sehen sein werden.“

„Raum haben die „Lidove Robin“ diese Prophezeiung ausgesprochen, als sie schon eingetroffen ist. Das „Rude Pravo“ von gestern besaß sich hauptsächlich mit den drei Millionen, die der Masarykfond aus den Spiritusgeldern erhalten hat. Das „Rude Pravo“ ist sichtlich bestrebt, die Aufmerksamkeit von Prasel abzuwenden und einer anderen Seite zuzuwenden.

Im übrigen nimmt die Presse zu der Rede Prasels an leitender Stelle noch nicht Stellung, da die Rede erst in den späten Abendstunden in den meisten Redaktionen einlangte. Die „Prager Presse“ aber unterläßt es nicht, Prasel daran zu erinnern, daß er, als gewesener Geheimer Rat Seiner Majestät des Kaisers Franz Josef wohl sicherlich genau darüber unterrichtet ist, wie man mit Staatsoberhäuptern verkehren soll.

„Pravo Lidu“ meint, daß sich Prasel dem Senat als Repräsentant der rechten kapitalistischen Reaktion vorgestellt habe. Etwas so Unerhörtes sei noch nicht dagewesen.

„Ceske Slovo“ bezeichnet den Angriff gegen Masaryk als schwer qualifizierbar und „Lidove Robin“ fagen, wenn der Senat nicht in völligem moralischem Verfall wäre, hätte sich Prasel solche Grobheiten nicht erlauben dürfen. Die „Prager Tribuna“ sucht Prasels Rede der tschechischen Öffentlichkeit zu „erklären“. Das Blatt, das immer vorgegeben hatte, als einziges die alten realistischen Grundzüge Masaryks zu verteidigen, findet plötzlich nicht ein Wort des Tadels gegen Prasel und nicht ein Wort der Verteidigung für Masaryk!



Dr. Marg (Zentrum)

wurde mit der Bildung der Bürgerkodi-Regierung betraut.

des Schutzes der sozialen und politischen Rechte der Arbeiter und der Bauern der Ukraine arbeiten.

5. Im Interesse der Demokratie des ganzen Ostens Europas haben die Exekutivorgane der Partei die Pflicht, auch fernerhin die sozialistischen Arbeiterorganisationen der West über die wirkliche Lage der Ukraine zu informieren und in der sozialistischen Arbeiterinternationale eine entsprechende Vertretung der ukrainischen sozialdemokratischen Partei zu erwirken.

Schließlich protestiert die Konferenz aufs entschiedene gegen den politischen und nationalen Terror der bolschewistischen Gewalthaber und besonders gegen die Verfolgungen der sozialistischen Parteien in der Ukraine.

Die Konferenz protestiert gegen die Rechtslosigkeit des ukrainischen Volkes in Polen, gegen die Vernichtung ukrainischer Organisationen, Institutionen und Schulen, gegen die tausendfachen Entlassungen und Justizmorde der unschuldigen provozierten Opfer.

Die Konferenz protestiert gegen die Aufhebung der von den Friedensverträgen garantierten Rechte der Minderheiten in Rumänien und gegen die Sperrung der ukrainischen Schulen in der Bukowina.

Ein Fest- und Kampftag der proletarischen Jugend.

Wenige Tage noch trennen uns von Reichsjugendtage, den der sozialistische Jugendbund zu Pfingsten d. J. in Teplich-Schönanu veranstaltet. Soweit bis jetzt ein Urteil möglich ist, wird diese Veranstaltung unserer Jugendlichen eine eindrucksvolle Kundgebung und ein musterhaftes proletarisches Fest werden. Es werden einige tausend Jugendliche aus allen Teilen der Republik zusammenkommen. Außerdem ist die Teilnahme von 3000 Jugendlichen aus Deutschland, einer Anzahl Genossen aus Oesterreich und Polen gesichert. Das reichhaltige Programm am Pfingstsonntag eine Eröffnungs- und Begrüßungsfeier und am Abend eine Abendfeier mit einer Aufführung des Sonnenspiels „Licht“ von Hermann Claudius vor. Die Abendfeier soll durch Abbrennen eines Höhenfeuers und mit einem Fackelzug durch die Stadt abgeschlossen werden. Am Sonntag vormittag wird auf der Festwiese (Zukwananlagen in Tepliy) eine künstlerische Morgenfeier stattfinden, deren Programm zur Gänze von den sächsischen Genossen bestritten wird. Hierauf wird ein Festzug durch die Stadt die Teilnehmer zu einer internationalen Kundgebung auf dem Marktplatz in Tepliy führen. Dort werden außer den Vertretern der sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Vorsitzende der sozialistischen Jugend-Internationale P. Boog aus Holland, Anton Nimel aus Wien, Conrad Hahn einw. aus Dresden und andere ausländische Vertreter sprechen. Am Nachmittag findet auf der Festwiese ein freies Jugendfest mit Spiel und Volkstanz, Vorführung von Hans Sachs-Spielen usw. statt. Den Abschluß des Jugendfestes bildet die Vorführung einer Massenbühne. Aufgeführt wird ein neues sozialisches Jugendspiel, dessen Verfasser der Genosse Ernst Höner aus Tepliy ist. Der Montag Vormittag wird einen großen Teil der Teilnehmer in den herrlichen Räumen des neuen Stadttheaters bei den Festvorstellungen zusammenführen. Im großen Theatersaal wird das Drama „Florian Geyer“ von Gerhart Hauptmann aufgeführt werden.

Im kleinen Saal findet eine revolutionäre Feier statt, an der durchwegs Kräfte des Tepliyer Stadttheaters mitwirken werden. Jene Jugendlichen, die das Theater nicht besuchen, werden in der herrlichen Umgebung von Tepliy wandern. Den Jugendtagteilnehmern ist außerdem eine freie Besichtigung des Tepliyer Museums gesichert. Für die führenden Funktionäre der Organisationen ist eine Führerausprache vorgesehen. Während der ganzen Dauer des Jugendtages ist eine Jugendausstellung geöffnet und jedermann frei zugänglich. Diese Ausstellung zeigt die Jugend beim Kampf, beim Lernen, beim Wandern und beim Spiel. In einer eigenen Ausstellung werden „Erinnerungen“ an „Die glorreiche Zeit des Weltkrieges“ ausgestellt sein. Selbstverständlich wird es an Büchermaterial nicht fehlen. Es wird vor allem für die Partei-

der Stadt durch Anstellung von Beamten tschechischer Nationalität, die noch dazu von auswärts berufen wurden, um hunderttausende Kronen jährlich mehr belastet. Die deutschen Beamten, Arbeiter und Angestellten werden ohne Gewährung einer genügenden Vorbereitungszeit zu Sprachprüfungen herangezogen und, wenn sie diese Prüfungen nicht bestehen, vorzeitig pensioniert oder entlassen.

Auch bei der Vergabung von Lieferungen und Arbeiten wird die Stadt aufs schwerste geschädigt, da die einheimischen Kräfte übergangen und auswärtige, tschechische Firmen herangezogen werden. Dadurch wird auch die Arbeiterschaft geschädigt, weil diese Unternehmer ihre Arbeiten von Ortsfremden herstellen lassen.

Die Auflösung der deutschen Kindergärten, der Kinderrippe des katholischen Waisenhauses, des Kuratoriums der deutschen Handelsschule, des Ortskulturates und anderer Kulturinstitute, haben die begreifliche und berechtigte Erbitterung der Bevölkerung hervorgerufen, die darin nur eine willkürliche Unterdrückung der deutschen Bevölkerung erblicken kann.

Die Interpellanten fragen daher die Regierung:

1. Ist die Regierung bereit, den angeführten unbaltbaren Zustand durch die schleunigste Ausschreibung von Wahlen ein Ende zu bereiten?
2. Ist die Regierung bereit, die vorgebrachten Beschwerden einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und dem Abgeordnetenhaus über des Ergebnis Bericht zu erstatten?
3. Ist die Regierung bereit, die ungesetzlichen Verfügungen des Regierungskommissärs aufzuheben und die durch ungerechtfertigte Maßregelungen, Pensionierungen und Entlassungen verdrängten Beamten, Angestellten und Arbeiter in ihre vollen Rechte einzusetzen?

Außenaußschuß des Abgeordnetenhauses. Auf der Tagesordnung der letzten Sitzung des Außenaußschusses des Abgeordnetenhauses stand die Regierungsvorlage über die Zusatzvereinbarung zum Handelsvertrag zwischen der Tschechoslowakischen Republik und Frankreich. Zu der Vorlage sprach Genosse Schweißhart, der erklärte, daß wir nicht für sie stimmen können, weil die Vorlage den auch sonst praktizierten Grundsatzen der Außenhandelspolitik entspricht, den Handelsverkehr mit den Ententestaaten zu fördern, und den mit den Nachbarstaaten Oesterreich und Deutschland, die für unseren Verkehr die Hauptrolle spielen, zu vernachlässigen. Er wandte sich auch gegen die in dieser Zusatzvereinbarung einbehaltene Erhöhung der Einfuhr französischer Weine, da dadurch der heimische Weinbau geschädigt wird. Die Vereinbarung wurde wegen die Stimmen der Opposition im Hause zur Annahme empfohlen. Ferner wurde die Regierungsvorlage über die Vereinbarung mit den privaten Lebensversicherungsgesellschaften und über die finanziellen Rechtsgrundlagen der alten Lebensversicherungsverträge in den früheren österreichischen und ungarischen Kronen, unterschrieben in Prag am 13. Juni 1923, ohne Debatte angenommen.

Für die Altpensionisten. Wir haben bereits wiederholt über die Schritte berichtet, die der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten zugunsten der noleidenden Altpensionisten unter-

nommen hat. Bereits in der Herbstsession brachten die Abgeordneten Genossen Grünzner und Taub einen Initiativantrag ein, durch welchen die vollständige Gleichstellung aller Pensionistenkategorien bewirkt werden sollte. Die Mehrheit hat zwar bis heute die Verhandlung dieses Antrages verhindert, aber unter dem Druck der wiederholten Aktionen unserer Genossen nahm das Abgeordnetenhaus anlässlich der Budgetdebatte einstimmig den Antrag des Genossen Dr. Czech an, mit welchem die Regierung zur ehebaldigen Regelung der Altpensionistenbezüge aufgefordert wurde. Da die Regierung dieser Aufforderung nicht nachkam, sprach Genosse Dr. Czech wiederholt beim Finanzminister vor, der die ehebaldigste Einbringung der Vorlage versprach. Da er sein Versprechen bis jetzt nicht gehalten hat, hat sich nunmehr Dr. Czech neuerlich mit einem Schreiben an den Finanzminister gewendet, in welchem die Notlage der Altpensionisten und die Verpflichtung der Regierung, dem einstimmigen Beschluß des Abgeordnetenhauses nachzukommen, in eindringlichen Worten dargelegt wird. Ueber die Antwort des Finanzministers werden wir berichten.

Abgeordnetenhaus. Am 3. Juni tagen: Kulturatschuh um 10 Uhr vormittag, Außenaußschuß um 1 Uhr nachmittag. Das Präsidium des Abgeordnetenhauses hat um 13 Uhr nachmittag eine Beratung ab.

Ausland.

Konferenz der ukrainischen Sozialdemokratie.

Am 10. und 11. Mai fand, wie uns die Ausland-Delegation der ukrainischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei mitteilt, in Prag eine Konferenz dieser Partei statt, an welcher 22 Parteigenossen teilnahmen. Der Vorsitz führten die Genossen Martos und Dr. Starosky. Der Kongreß klug in der Annahme einer Resolution über die politische Lage aus, in der die auswärtige und innere Lage auseinandergesetzt wird. Zum Schluß heißt es dann:

1. Der politische Grundgedanke—der Kampf um die breiteste Demokratie, der der VI. Parteikongreß im Jahre 1919 in Wien ausgesprochen hat, erwies sich als richtig und entspricht der tatsächlichen Entwicklung der Revolution in der Ukraine.

2. Die Partei muß auch fernerhin ihre Tätigkeit sowohl in der Ukraine als auch in der Emigration in der Richtung der Anerkennung der demokratischen ukrainischen Republik widmen.

3. Mit Rücksicht auf das Okkupationsregime in der Ukraine hat die Tätigkeit der ukrainischen politischen Emigration eine große Bedeutung für den Freiheitskampf des ukrainischen Volkes und für die Entwicklung der Demokratie in der Ukraine. Deshalb muß die ukrainische Sozialdemokratie ihre Kräfte in der Emigration sammeln und in einer festen Organisation außer des Landes konsolidieren.

4. Mit Rücksicht auf die besonderen sozialpolitischen Verhältnisse in der Ukraine kann die ukrainische Sozialdemokratie auch fernerhin, wenn die Umstände es erfordern, mit anderen sozialistischen und aufrichtig demokratischen Parteien und Gruppierungen im Interesse

genossen und Genossinnen sehr wichtig sein, sich das Leben und die Arbeit unserer Jugendlichen, die am Reichsjugendtag am deutlichsten sichtbar wird, anzusehen. Ohne Uebertreibung kann wohl gesagt werden — darauf läßt die geleistete Vorarbeit schließen — daß alle den Reichsjugendtag mit großer Befriedigung verlassen werden.

Letzte Nachrichten.

Macdonald liegt über die Konservativen.

Die Angst der Liberalen vor Neuwahlen.

London, 29. Mai. (Reuter.) Der Antrag der Konservativen auf Kürzung der Bezüge des Arbeitsministers wurde im Unterhause mit 300 gegen 252 Stimmen abgelehnt.

Wieder ein Eisenbahnunfall.

Ulm, 29. Mai. Die Direktion der Staatsbahnen teilt mit: Heute um 7 Uhr 55 Minuten fuhr auf dem Güterbahnhof in Berau ein Rangierzug an den ausfahrenden Saftzug Nr. 1190. Die Ursache des Zusammenstoßes war unrichtige Weichenstellung. Von den 12 eingeleiteten Waggons schlugen 6 um. Ein Zugbegleiter wurde leicht verletzt. Der Materialschaden ist ganz erheblich. An der Freimachung des Gleises wurde bis abends gearbeitet. Der Personenverkehr war nicht unterbrochen.

Neue Flottenrüstungen der Vereinigten Staaten.

Washington, 29. Mai. Das Repräsentantenhaus hat den Zusatzantrag zu der Marinebauvorlage, nach welchem 6,5 Millionen Dollars zur Verbesserung der Rüstungsmöglichkeit der Geschütze auf 13 Schachtschiffen ausgeworfen werden solle, abgelehnt. Bewilligt wurden rund 18,5 Millionen Dollars und sechs Schachtschiffe mit Kohlenfenertrieb mit Selbstzerstörung einzurichten und ihnen einen verstärkten Schutz gegen Unterseeboote und Flugzeuge zu geben. Das Repräsentantenhaus genehmigte einen weiteren Gesetzentwurf auf 11 Millionen Dollars Ausgaben für den Bau von acht Kreuzern und sechs Kanonenbooten.

Die Schlichtung von Lohnkonflikten im englischen Bergbau.

London, 29. Mai. (AP.) In London versammelten sich heute die Delegierten der Bergarbeiter aus ganz England, um über die Bedingungen zur Schlichtung der Lohnstreitigkeiten im Bergbau zu verhandeln. Allen Anschein nach werden die Delegierten beschließen, daß die Vorschläge zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten den Bergarbeitern zur Abstimmung vorgelegt werden sollen.

Tages-Neuigkeiten.

Oshenpsychologie der Hitzerei.

Von Franz Bill, Wien.

Zwischen der geistigen Atmosphäre, die der rabiater gewordene Tapezierergeselle aus Braunau am Inn unter den deutschen Pubertätsjünglingen, verfrachten Generälen und feilen Synonymprofessoren hervorgerufen hat, und zwischen dem Dunstkreis eines Oshen, ist in den letzten Tagen auf Wiener Boden ein merkwürdiger Zusammenhang entdeckt worden. In einem Prater-Gasthaus wird nämlich jetzt unten den Mängeln bairischer Schulplattler täglich ein ganzer Oshen gebraten, und diese, aus Bayern importierte Sitte, ist auf die Hakenkreuzler eine ungewöhnlich starke Zugkraft aus. Und da natürlich bei dieser Gelegenheit auch der Maßfrug mit edlem bayerischen Gerstenjaß ganz ausgiebig in der teutonischen Tafelrunde kreist, so ist es zu verstehen, wenn ungeschickter Landdrang des achten deutschen Mannes zottige Heldenbrust bewegt.

Die Oshenbraterei dauert aber etwas lange, von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags, ein Zeitraum, der immerhin genügt, daß sich unter dem Einfluß von Bier und Rindfleischgeruch bei Leuten, denen die österreichische „Saniererei“ zu solch lieblicher Beschäftigung noch genügend Muße läßt, die „nationalen Energien“ bis zur explosiven Höhe steigern. Die Explosion der nationalen Kräfte geschieht dann auch gewöhnlich nach 4 Uhr, wenn die Musik — Schimbunurara! — dröhnend mit einem hochkonzentrierten Militärmarsch einsetzt, der für die Hakenkreuzler das Signal ist, auf die Anwesenden, die an der symbolischen Oshenbegeisterung nicht teilnehmen wollen, loszudreschen. Der regelrechten Prügelei, die sich aus diesem Anlaß am vergangenen Sonntag entwickelte, als der Oshen friedlich am Spieß schmorte, wurde rechtzeitig von der Polizei ein Ende gemacht. Nachdem aber jetzt die Hakenkreuzler ihre von den österreichischen Behörden so liebevoll behandelten, bewaffneten Ordnerbanden zum Schutze angeboten haben, so ist eigentlich die oshenige Angelegenheit regelrecht zu einer ausschließlich nationalen-sozialistischen Parteisache ge-

macht worden, und kann nun in der üblichen Weise weiter fortgesetzt werden.

Unter den vierbeinigen Oshen herrscht darüber allgemeine Trauer, weil einer aus ihrer Mitte das tägliche Opfer ist, während sich mit der bequemen Rolle der tausenden Zuschauer bei zweibeinigen Oshen begnügen.

Die Kirchenschmalzabgabe.

Die politische Bezirksverwaltung in Prachatitz treibt die vorinstanzliche Kirchenschmalzabgabe im Exekutionswege ein!

Obzwar schon seit mehreren Jahrzehnten in den römisch-katholischen Kirchen zum Brennen des ewigen Lichtes kein Schmalz mehr Verwendung findet, und dies auch in der Pfarrkirche Oberhaid nicht mehr der Fall ist, strengt sich doch der dortige Pfarrer seit Jahr und Tag an, diese Abgabe einzutreiben und schreit nicht zurück, dies auch im Exekutionswege durch die politische Bezirksverwaltung zu tun. Seit dem Herbst 1922 wogt nun der neue Streit, der während des Krieges geruht hat und durch den Pfarrer in dem Moment wieder aufgenommen wurde, da er sah, daß auch in diesem Staate ein reaktionärer Wind wieder weht.

Was tut nun die politische Bezirksverwaltung in Prachatitz? Schnell wie der Wind, gar nicht nach Bürokratenart, gibt sie einen Erlaß heraus, mit welchem sie alle die, die einmal vor hundert Jahren zum Brennen des ewigen Lichtes Schmalz freiwillig abgaben, zur Nachlieferung und Weiterlieferung unter Androhung der Exekution verhält und zugleich schreibt, daß diese Abgabe auch in Geld an die Kirche geleistet werden kann. Sie rechnet auch sofort aus, was dieses Schmalz jetzt kostet und schreibt die zu zahlenden Summen gleich vor. Würde diese Behörde auch nur einmal bei der Uebertreibung der gewerbebehördlichen Arbeiter- und Lehrlingschutzgesetze, des Arbeitszeitgesetzes so schnell bei der Hand sein, würde es sich so mancher Unternehmer gesagt sein lassen, die Arbeiter- und Lehrlingschutzgesetze zu übertreten. Das aber sieht sie nicht und wird eine Anzeige gemacht, dann kann man sicher sein, daß dem Unternehmer nicht nur nichts geschieht, sondern daß ihm auch noch obendrein die Bewilligung zur Durchbrechung dieser Gesetze erteilt wird. Er erhält so quasi einen Freibrief zur Nichtinhaltung der Arbeiterschutzgesetze.

Andererseits aber in unserem Falle, der Pfarrer braucht nur ein Briefchen zu schreiben und sich auf eine alte Konfirmation aus dem Jahre 1705 und auf eine Eingabe eines Pfarrers vom Jahre 1869 berufen; schon geht der Exekutor und schreibt jedem ein Stück Vieh auf, damit die Schmalzabgabe sichergestellt ist. Die Bewohner können zehnmal nachweisen, daß ihre Vorfahren diese Abgabe ganz freiwillig und auch nie regelmäßig geleistet haben, sondern nur nach Bedarf. Sie können zehnmal nachweisen, daß diese Abgabe ausschließlich zum Brennen des ewigen Lichtes geleistet wurde, daß seit der Einführung des Delichestes Schmalz nicht mehr verwendet wird, und daß daher diese Leistung nicht mehr erforderlich ist. Das Schmalz wurde niemals deshalb geliefert, damit der Pfarrer aus dem Schmalzhandel sein Einkommen vergrößern könne, es nicht ihnen nichts, sie wurden gepfändet und sollen liefern oder zahlen. Am 18. Dezember 1922 wurde ein Refus von den Lieferungs-pflichtigen an die politische Landesverwaltung bei der politischen Bezirksverwaltung in Prachatitz protokolllarisch eingebracht, der bis heute nicht erledigt ist. Gegen die nichtausschiebende Wirkung der Entscheidung der politischen Bezirksverwaltung wurde durch den Genossen Hilgarth Verwahrung eingelegt mit der Wirkung, daß der Entscheidung ausschließende Wirkung zuerkannt wurde. Am 21. November 1923, als der Refus noch immer nicht erledigt war, gab die politische Bezirksverwaltung eine neuerliche Entscheidung zu Gunsten des Pfarrers heraus, die aber entgegen der ersten doch nicht mehr bestimmte, daß für das nicht abgelieferte Schmalz der heutige Wert in Bargeld bezahlt werden muß, sondern der nurmehr die Naturallieferung des Schmalzes auszusprechen. Ein Refus gegen diese Entscheidung blieb bei der politischen Landesverwaltung vom Dezember 1923 bis 13. Mai 1924 liegen, um dann deshalb abgewiesen zu werden, weil der Einbringer des Refus nicht nachgewiesen hat, ob er dazu legitimiert ist. Dazu brauchte die politische Landesverwaltung fünf Monate.

Daß heute noch eine vorinstanzliche Abgabe eingehoben wird, die nicht mehr gebraucht wird, und nur dem Zweck dient, das Einkommen des Pfarrers zu heben, ist ein unerhörter Skandal, der auf unsere politischen Behörden ein grelles Licht wirft.

Ländlich-schändliche „Jugendfürsorge“.

Sträfliches Verhältnis zwischen Vormund und Mündel. — Nichtinsichreifen der Vormundschaffsbehörde.

Die Fürsorge für die heranreifende Jugend gehört zweifelsohne zu den wichtigsten Aufgaben der menschlichen Gesellschaft. Nichtsdestoweniger läßt die praktische Durchführung dieses allgemein anerkannten Grundsatzes ungenügend viel zu wünschen übrig. Es ist erschreckend, wie viel in dieser Richtung durch Unterlassung gesündigt wird. Und zwar meist deshalb, weil für diese wichtige Aufgabe weder in den Gemeinden, noch in den Bezirken und im Staat die entsprechenden Mittel aufgebracht werden und die notwendige straffe Organisation fehlt.

Gewisse Parteien machen es sich freilich leicht, die Hebung der Sittlichkeit auf religiösen

Gründungen ist ein von dem Landbändler Dürschmied seinerzeit in der „Deutschen Landpost“ empfohlenes, billiges Mittel für die vielgepriesene Erziehung der Landjugend. Wie aber, wenn die landbändlerischen Erzieher trotz der von ihnen zur Schau getragenen Religiosität untätig sind, ja, noch mehr, Jugendliche sittlich verderben und ruinieren? Ein solch krasser Fall soll hier besprochen werden, weil er eine offene Anklage gegen staatliche Organe bildet, die ihre Pflicht nicht erfüllen.

In dem kleinen Landstädtchen Drum bei B. Leipa lebt der Landwirt Josef Bilz, ein so eifriger Parteigänger der Landbändler, daß er zum Bürgermeister gewählt wurde. Sein großes Ansehen erhielt aber plötzlich einen vernichtenden Stoß. Ende Jänner 1923 wurde nämlich bei der Gendarmerie in Drum die Anzeige erstattet, daß besagter Josef Bilz, Landwirt in Drum Nr. 65 mit seinem im Juli 1907 geborenen, also erst 15 1/2 Jahre alten Mündel Emma Anders unzüchtliche Beziehungen unterhalte. Ein netter Vormund, werden sich die Leser denken. In der Tat, denn die hauptsächlichsten Aufgaben des Vormundes sind laut den amtlichen Bezeichnungen an Vormünder folgende: „Der Vormund vertritt des Vaters Stelle; er hat zwar nicht aus eigenen Mitteln für die Bedürfnisse des Mündels zu sorgen; gleich einem Vater obliegt ihm aber, für das körperliche, geistige und sittliche Wohl des Mündels Sorge zu tragen. Er soll sich stets die in dem Vormundschaffsbekret ausdrückten Pflichten, deren Erfüllung er angebot hat, vor Augen halten (§§ 187, 205, 216, a. b. G. B.)“ Es wird wohl keinen Menschen geben, der eine sittliche Erziehung des Mündels durch den Vormund darin erblickt, daß er sie zu seiner Wirtin, zur Dirne herabdrückt.

Der Gendarmerieoberwachmeister Gustav Schmidt in Drum scheint aber trotzdem seinen allzu großen Eifer in der Verfolgung des Täters entwickelt zu haben. Auf Grund der Anzeige wurden am 1. Febr. v. J. Emma Anders und die gleichfalls bei Bilz beschäftigte Anna Wedlich als Zeugen einvernommen. Nach erfolgter Einvernahme äußerte sich der erwähnte Gendarmerieoberwachmeister gegenüber einer Reihe von Personen, darunter Josef Richter im. Nr. 68, dem Bahnwächter Johann Hromas und dem Gastwirt Josef Hölzel in Drum, daß Josef Bilz und Emma Anders die unzüchtlichen Beziehungen eingestanden hätten. Jedermann im Dorfe wußte, wie die Dinge standen, nur die zuständige Staatsanwaltschaft anscheinend nicht! Und so blieb der gute biedere Vormund, ein eifriger Feind der Sozi, einige Zeit ungeschoren. Hätte es sich um einen gewöhnlichen Menschen, nicht um ein Gemeindeglied gehandelt, wäre sicher schon was zu sehen gewesen, sagte man sich. Aber so ...

Als sich nach vierzehn Tagen noch immer nichts rührte und die Emma Anders bei Bilz verblieb, als ob nicht das mindeste geschehen wäre, erstatteten zwei beherzte Genossen bei der Staatsanwaltschaft in B. Leipa persönlich die Anzeige. Sie teilten hierbei eine Reihe von Zeugen mit, welche bekunden können, daß die nun in Drum 165 beschäftigte, frühere Dienstmagd Anna Wedlich, zirka 35 Jahre alt, bereits im Mai 1921 erzhälte, daß Bilz mit seinem Mündel schon Verkehr pflog, als es noch im schulpflichtigen Alter stand. Als solche Zeugen wurden genannt die Bahnwächtersgattin Christine Hromas, Billi und Emilie Gurtler, Anton Kolar, Ottomar Bradatsch und Josef Richter jun.

Dem Ersuchen der Genossen auf Einleitung des Strafverfahrens gegen Josef Bilz gab die Staatsanwaltschaft natürlich statt. Am 19. Juli 1923 wurde Bilz wegen Unzucht vom Kreisgericht in B. Leipa zu sechs Wochen Arrest verurteilt. Bilz war wohl verurteilt, aber die Emma Anders blieb nach wie vor im Hause ihres lauberen Vormunds! Nach den Angaben der Wedlich muß es vor Aufdeckung des Skandals dortselbst sehr „patriarchalisch“ zugegangen sein. Bilz schloß zwischen den beiden Mädchen: Gott, die Landbändler schwärmen halt gar so viel für die Erhaltung „patriarchalischer“ Sitten!

Nachdem weder die Anders von Bilz weglam, obwohl wiederholt die Obervormundschaft in B. Leipa um ihre Eingreifen ersucht wurde, noch der Verurteilte „einrückend gemacht“ worden ist, bemächtigte sich der Bevölkerung begreiflicherweise eine gewisse Unruhe. Da nichts genaueres zu erfahren war, wandten sich die Genossen an einen unserer Abgeordneten um Auskunft. Als sich dieser beim Kreisgericht in B. Leipa nach dem Stande der Angelegenheit erkundigte, verweigerte das besagte Gericht unter Hinweis darauf, daß an Nichtbeteiligte eine Auskunft nicht gegeben werden dürfe, die gewünschte Aufklärung. Erst auf dem Umwege über das Justizministerium war zu erfahren, daß Bilz gegen seine Verurteilung Schritte eingeleitet hatte und daß das Oberste Gericht das Urteil aufgehoben und eine neue Verhandlung angeordnet hatte. Ob inzwischen ein neues Urteil gefällt wurde, Herr Bilz am Ende gar als der „Verführte“ freigesprochen wurde, ist nicht bekannt, interessiert uns aber schon deshalb nicht, weil es uns vor allem um das Schicksal der Emma Anders zu tun ist. Obwohl auch unser Abgeordneter sich schriftlich an die Obervormundschaft in B. Leipa wandte, damit die Emma Anders anderwärts komme, ist sie bis zum heutigen Tage noch immer bei ihrem Vormund. So stellen wir uns den Schicksal der Jugendlichen nicht vor! Buerst der Gendarm in

Drum, der nicht energisch genug vorgeht, dann die Obervormundschaftsbehörde in B. Leipa, die das Kind ruhig bei dem Manne beläßt, der keine Qualitäten zum Stellvertreter des verstorbenen Vaters hat. Werden die vorgezeichneten Behörden nun endlich eingreifen und diesem Skandal ein Ende machen?

Schon wieder einer!

Unter den frommen Insassen des Braunauer Benediktinerstiftes wurde unter anderen der Schulkatech P. Christian von der Bevölkerung schon lange zu denen gezählt, die öffentlich Wasser predigen, selbst aber geheim gerne Wein trinken. Man sah ihn sehr oft in total betrunkenem Zustande seiner Klosterzelle zutorkeln, ja manchmal sogar mit zwei Mann Assistenten, nachdem er allein absolut nicht nach Hause gefunden hätte und irgendwo liegen geblieben wäre. Ebenfalls wie manchem anderen seiner Amtsbrüder konnte man diesen Zölibatour auch oft in weiblicher Begleitung sehen, nur wußte man nicht, ob es lauter Cousinen, Schwwestern oder „nur“ gewöhnliche Bekannte sind. Als Schulkatech hatte man „Hochwürden“ P. Christian seit Jahren eine besondere Vorliebe, Kindern, insbesondere den Mädchen, Religionsunterricht zu erteilen. Er schätzte diese, wenn er sie zur „Prüfung“ herausrief, softe sie um die Taille, zwickte sie in alle möglichen Partien, ja er scheute sich nicht, stärker entwickelten Mädchen auch unter die Bluse zu greifen. Nur falschem Schamgefühl und übertriebener Frömmigkeit verdankt „seine Hochwürden“ die lange Dauer seiner „Religionsprüfungen“! Endlich schlug ein Vorfall dem Hahn den Boden aus. Am 14. Mai unterrichtete der lächerliche Pfaffe wieder in der dritten Volksschulklasse, rief ein Mädchen heraus und begann es zu küssen. Blödsinnig sagte er das sich ängstlich sträubende Kind, schleppte es hinter die Tafel und die gefalteten Hände des vor Frömmigkeit zitternden Säufers griffen dem Kinde unter die Röcke und Hofen. Die ganze Schulklasse konnte unter dem Gestell der Tafel den Vorgang sehen und die Folge war, daß der größte Teil der Mädchen schamrot und weinend von diesem „Religionsunterricht“ nach Hause kam. Die hierauf beim Schulleiter und beim Ortschulrat und später bei der Gendarmerie erstattete Anzeige führte zu Erhebungen, über deren Ergebnis aber merkwürdigerweise absolut nichts bekannt. In der Zwischenzeit hat man den Schweinepfaffen angeblich strafweise ins Kloster St. Margareta, nach einer anderen Version wieder nach Feitens bei Prag verfrachtet, in Wirklichkeit aber soll der saubere Vater ins sichere Ausland verschoben worden sein, um der gerichtlichen Untersuchung dieses Vorfalles, der den Dunkselmännern natürlich verflucht peinlich ist, zu entgehen. Die Arbeiter aber mögen auch aus diesem Falle die Nutzenwendung ziehen und ihre Kinder vom Unterricht solcher Pfaffen fern halten.

DB. Maulfreierei.

Die „Reichenberger Zeitung“ sowie die „Böhm. Leipziger Zeitung“ brachten eine lange Notiz, daß Abgeordneter Kobl an den Handelsminister eine Anfrage richtete, warum bisher die Sonntagsruhe in Böhmen-Leipa noch nicht durch Verordnung eingeführt wurde. Die Notiz wurde vom DB, ohne Namensnennung in die Presse lanziert. Dieser Tage bildete diese Notiz den Gegenstand einer köstlichen Auseinandersetzung zwischen Gremialvorsitzung und DB, Führung in der Gremialversammlung in Böhmen-Leipa. Der Gremialvorsitzer brachte einen Brief des Abgeordneten Kobl an das Gremium Böhmen-Leipa zur Verlesung, aus dem hervorging, daß er die Anfrage überhaupt nicht an den Handelsminister richtete, vielmehr die diesbezügliche Eingabe überhaupt nicht überreichte und auch dem DB, keine Zusage auf Ueberreichung gegeben haben will, obgleich es die Böhmen-Leipaer DB, Führung behauptete. Die überraschten Gesichter der deutschnationalen Handlungsgehilfen nach Verlesung dieses Briefes kann man sich vorstellen. In der Presse wird mit großem Tamtam gearbeitet und der Öffentlichkeit die Rührigkeit und „Kampfschloffenheit“ des DB, glaubhaft gemacht, derweil stellt sich heraus, daß mit dem Angeklagtenmetressen lediglich „Bauernfängerei“ betrieben wird, was wir immer behauptet haben.

Ein Kommunist als Streikbrecher.

In der Biegelei Kandler in Jägerndorf traten die Arbeiter in den Streik. Unter den Arbeitern befand sich auch Johann Brosig, der bei der Gemeindevahl auf der kommunistischen Kandidatenliste prangte, also ungewissenhaft ein waschechter Kommunist ist. Selbstverständlich war Brosig einer derjenigen, welche am radikalsten tat. Er verstieg sich sogar zu dem Ausspruch, daß man den Streikbrechern die Knochen entzweischlagen solle. Das war am ersten Streiktag. Der zweite Tag brachte die Ueberraschung, daß sich der radikale Kommunist und Gemeindevand Kandidat Johann Brosig selbst zur Arbeit einfindet und Streikbruch beging.

Fälschung englischer Pfundnoten.

Aus Wien meldet man: In Angelegenheit der Fälschung der englischen Pfundnoten wurde in der letzten Zeit, wie ein Bericht der Agrarminister an die Wiener Polizei meldet, sehr wichtige Entdeckungen gemacht. Nach dem Berichte der Agrarminister wurden mehrere Personen in Laibach und Agrar verhaftet, ebenso in Triest, darunter zwei Frauen, die mit der Fälschung der englischen Pfundnoten in Verbindung standen. Weiters wurde die Fälschwerkstätte in Triest entdeckt. Die Inhaberin der Wohnung, in der sich die Fälschwerkstätte befand, und andere Mitglieder der Fälscherbande werden verhaftet.

Die Einwohnerzahl Berlins. Nach den neuesten statistischen Ergebnissen hat die Einwohnerzahl Berlins nunmehr die vierte Million überschritten. Während im Oktober 1920 noch 3,9 Millionen Einwohner gezählt wurden, ist die Bevölkerung Berlins am 1. April auf 4.124.000 gestiegen.

Ein eingemauertes Mädchen wurde in Bingen beim Umbau eines Hauses gefunden. Die mit dem Umbau des Gebäudes beschäftigten Maurer legten einen zugemauerten Hohlraum frei, in dem sich die aufrechtstehende Leiche eines Mädchens befand. Die Leiche wurde einwandfrei als die eines verschwundenen Dienstmädchens festgestellt, das vor etwa zehn Jahren aus Langenlonsheim nach Bingen in Dienst ging und kurze Zeit danach spurlos verschwand. Der Dienstherr ist mittlerweile nach Amerika ausgewandert.

Eine fürchterliche Mäuserplage bedroht das Bodenseegebiet. Davon gibt folgendes Einzelbild in der Konstanzener Zeitung Zeugnis: „Seht schnell! Sonntag abend. Um unserm Kastanienbaum, von dem wir heute früh 3500 (dreitausendfünfhundert) Mäuse gleich sieben Liter abschüttelten und vernichteten, schwirren Wolken von neuen Käfern — es müssen gegen fünftausend sein! An einem Baum steht frecken sie noch Kastanien und Buchen ab — in drei, vier Tagen gehts an die Obstbäume.“

Großer Brand. Aus Bukarest, 28. Mai, wird gemeldet: In dem pyrotechnischen Militärinstitut ist heute mittag ein Brand ausgebrochen, der auch die Gefechtskräfte und zahlreiche Explosionen verursachte. In der Umgebung und im Zentrum der Stadt wurden erhebliche Schäden verursacht. Eine Armee von Feuerwehren ist bemüht, den Brand zu lokalisieren.

Krieg im Frieden. Aus Kuruman (Botschwana-land) wird berichtet: Während einer Militärbesichtigung fiel aus einem Militärflugzeug eine Bombe auf eine Gruppe von Zuschauern, von denen drei getötet und 15 verletzt wurden.

Wetterbericht vom 29. Mai. Am Mittwoch stieg die Temperatur auf den Normalwert, im Osten herrschte Hitze bei 28 bis 30 Grad Celsius. Niederschlagsfrei blieb nur die Ostflanke, sonst regnete es überall. Ergiebige Regenmengen meldeten Orte in den mittleren Teilen der Republik; Nitra 28 Millimeter, Preßburg 27 Millimeter und Brunn 21 Millimeter Wasserwert. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Veränderlich, stellenweise Gewitter, schwül.

Volkswirtschaft.

Der Bodenseer Metallarbeiterstreik vor dem Ende.

Bodensee, 29. Mai. (Eigenbericht.) Wie uns von der Verwaltungsstelle Bodensee des Internationalen Metallarbeiterverbandes mitgeteilt wird, dürfte die Arbeit in den streikenden Betrieben am kommenden Montag wieder aufgenommen werden. Es ist gelungen, die Angriffe der Unternehmer abzuwehren. Das Ergebnis der Verhandlungen ist folgendes: Der Lohnvertrag muß bis 26. Juni abgeschlossen sein. Bis dahin dürfen Änderungen der Lohnverhältnisse nicht vorgenommen

werden. Der Urlaub wird sofort angetreten und zwar erfolgt die Bezahlung des Abfordnungs- und Prämienarbeits mit 85 Prozent ihres Verdienstes, mindestens aber der Stundenlohn und 10 Prozent Zuschlag. Die Ueberstundenfrage ist dahin geregelt, daß für Ueberstunden 30,50 und 100 Prozent Zuschlag gezahlt werden. Die Arbeitsvermittlung wurde im bisherigen Umfang beibehalten. Lehrlinge sind ebenfalls in den Vertrag einbezogen. Für Betriebe, wo keine Betriebsausschüsse bestehen, werden Vertrauensmänner gewählt und zwar ebenfalls nach der Wahlordnung des Betriebsausschussesgesetzes.

Der Streik der Glacierschleifer.

Unnachgiebigkeit der Unternehmer. — Der Kampf geht weiter.

Der Streik der Glacierschleifer im Jzgergebirge dauert bereits die siebente Woche, und trotzdem ist die Streiklage noch unverändert. Für Donnerstag, den 22. ds. bereits hatte die Behörde eine Besprechung in Gablitz a. N. einberufen. Die Unternehmer haben sich den bestbekannten Sekretär der nordböhmischen Industriellen Herrn Dr. Stelzig mitgebracht. Den Vorsitz führte Regierungsrat Dr. Wenisch, ferner nahm der Gewerbeinspektor Czerweny an der Besprechung teil. An der Aussprache beteiligten sich vom Gremium der Exporteure Herr Max Thunig, Herr Obergewerbeinspektor Czerweny, weiters die Herren Steffezius, Bruno Jenker und Siegmund Simon, als Vertreter der Arbeiterschaft die Genossen Redzigel, als Vertreter des Verbandes Essner und Ullmann. Nach längerer Aussprache, welche kein Resultat ergab, wurde erklärt, daß Montag, den 24. Mai neuerliche Verhandlungen stattfinden werden. Aus der Diskussion wäre nur hervorzuhelien, daß die Herren Unternehmer den Standpunkt vertreten, daß die alten Kommissionen zu dem bisher gezahlten Lohn fertiggestellt werden sollen. Für Montag, den 24. Mai hatte die Genossenschaft eine Vollversammlung nach Nordstern einberufen. Die Herren Unternehmer hatten schon vorher eine zweistündige Besprechung abgehalten und man hätte erwarten sollen, daß sie der Arbeiterschaft positive Vorschläge unterbreiten werden. Ueberauschenderweise gab der Vorsitzende bekannt, daß ein Antrag von Seiten eines der Kommissionen zu den bisherigen Löhnen fertiggestellt werden und im September soll die gesamte Arbeiterschaft innerhalb der Genossenschaft Lohnforderungen unterbreiten. Kollege Redzigel stellte hierauf fest, daß es eine Ironie ist, nach sechswochenlangem Kampf der Arbeiterschaft eine solche Zusage, welche doch gar nichts bedeutet, zu machen. Nach stundenlangem Debatte, in welcher die Vertreter der Arbeiterschaft drei Vermittlungsvorschläge machten, welche eine große Konzession gegenüber den bisherigen Forderungen bedeuten, verließ die Verhandlung resultatlos, weil alle diese Vorschläge von Seiten der Unternehmer geradezu Entrüstung unter den Vertrauensleuten hervorriefen mußte. Nicht genug, daß die Vertreter der Arbeiter besonders von Herrn Dr. Stelzig und Herrn Steffezius unterbrochen wurden. Den Herren kam es durchaus nicht darauf an, zu gleicher Zeit aufzustehen und mitzureden, wenn ein Vertre-

ter der Arbeiter sprach. Herr Dr. Stelzig brachte es sogar fertig, während der Ausführungen des Herrn Obergewerbeinspektors aufzustehen und mitzureden. Wir wollen damit nur aufzeigen, wie weit es mit der Intelligenz der Herren Unternehmer ausschaut und wie schwierig unter solchen Umständen sich die Verhandlung für die Vertreter der Arbeiterschaft gestaltet. Abends fand eine sehr stark besuchte Versammlung der Streikenden in Josefstal statt, in welcher mit Entrüstung der Bericht von den Verhandlungen zur Kenntnis genommen wurde. Besondere Erbitterung rief es hervor, als bekannt wurde, daß die Arbeitervertretung drei Vermittlungsvorschläge gemacht hat, welche große Konzessionen an die Unternehmer bedeuten und dieselben trotzdem abgelehnt wurden. Nach sehr lebhafter Debatte, worin einmütig zum Ausdruck kam, daß die Glacierschleifer nicht geneigt sind, ohne Erfolg in die Betriebe zurückzukehren, wurde nachstehende Resolution angenommen:

Die Versammlung protestiert entschieden dagegen, daß die Arbeitervertreter in den Verhandlungen Konzessionen gemacht haben, die mit dem Willen der Arbeiterschaft nicht im Einklang sind, das heißt, die Arbeiterschaft hält fest an den gestellten Forderungen. Ferner wurde folgender Beschlus angenommen: Die Arbeiter verbieten den Arbeitervertretern in Zukunft in einem solchen Forum zu verhandeln, weil es bisher immer der Fall war, daß sie stets mit einer Vollversammlung der Unternehmer zu tun hatten, welche die Forderungen immer ablehnte. In Zukunft darf nur unter solchen Bedingungen verhandelt werden: entweder in einer Vollversammlung der Arbeiter und Unternehmer oder aber zwischen Vertretern der Arbeiter und Vertretern der Unternehmer.

Der Kampf geht unverändert weiter. Die Arbeiterschaft ist erbittert, daß die Unternehmer auch jene Vorschläge, die von der Arbeiterschaft gemacht wurden, um eine Einigung zu erzielen, mit einem strikten Nein beantworteten. Die Arbeiter sind fest entschlossen, trotz der Not so lange auszuharren, bis ein Erfolg erzielt worden ist.

Die Familienzulagen der Staatsangestellten.

Die Bestimmung des § 6, II., des Gesetzes vom 30. Dezember 1922, Nr. 394, S. 6, G. u. B., enthält ein schweres Unrecht und widerspricht dem Sinne und den Grundgedanken der Gewährung von Teuerungszulagen, welche auf dem Stande der Familienmitglieder aufbaut, bzw. nach diesem abgestuft sind. Durch die zitierte Gesetzesbestimmung wurden zwei Arten von Bezugsberechtigten geschaffen, die im Hinblick auf die sozialen Zulagen voneinander abweichend behandelt werden. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die Bestreitung der Lebenshaltungskosten für den nach dem 31. Dezember 1922 durch Ehe und den nach dem 31. Dezember 1923 durch Geburt, Annahme von Adoptiv- oder Pflegekindern vermehrten Familienstand des Bediensteten mit demselben Aufwande verbunden ist, wie für jenen Bediensteten, dessen Familienstand, wie er vor dem 31. Dezember 1922, bzw. 1923 war, zum Bezüge der Teuerungszulagen und der Kinderzulagen berechtigt.

Die von der Regierung seinerzeit bei Behandlung des Gesetzes Nr. 394 vom 20. Dezember 1923 gegebene Begründung, daß es sich um einen Abbau handelt, ist nicht stichhaltig, da der Abbau der Teuerungszulagen allgemein und einheitlich, angemessen dem Sinken der Lebensbedarfsartikelpreise platzgreifen hat, es daher nicht angeht, eine bestimmte Sorte von Staatsbediensteten in ihren Bezügen schlechter zu stellen als die übrigen Staatsbediensteten. Von einem Abbau der Preise der Lebensbedarfsgegenstände vom Zeitpunkte des Inkrafttretens des Gesetzes vom 20. Dezember 1923, Nr. 394, S. 6, G. u. B., wie von der Regierung damals ins Treffen geführt wurde, kann aber ebenfalls nicht nur nicht die Rede sein, sondern das Gegenteil ist eingetreten. Die Preise zeigen seit jenem Zeitpunkte andauernd eine steigende Tendenz.

Aus diesem Grunde haben die Abgeordneten Gen. Grünzner, Toub und Hoffmann den nachfolgenden Antrag gestellt:

Die Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik hat folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1. Die Bestimmung des § 6, II., des Gesetzes vom 30. Dezember 1923, Nr. 394, S. 6, G. u. B., wird aufgehoben.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit rückwirkender Kraft ab 1. Jänner in Wirksamkeit.

Mit der Durchführung dieses Gesetzes werden alle Mitglieder der Regierung betraut.

Der neue Kollektiv-Vertrag im deutschen Buchdruckgewerbe. Nach zehntägigen Verhandlungen ist ein neuer Tarif für das gesamte deutsche Buchdruckgewerbe zustande gekommen. Die wöchentliche tarifliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Nach Rücksprache mit der gesetzlichen Betriebsvertretung können vom Arbeitgeber wöchentlich bis zu fünf Stunden, für Maschinensetzer bis zu 3 Stunden Mehrarbeit angefordert werden, die pro Stunde mit dem 48. Teil des Wochenlohnes zuzüglich 12,5 Prozent zu bezahlen sind. Darüber hinaus gilt die tarifliche Ueberstunde. Schichtarbeiter erhalten folgende Zuschläge: von 7—9 Uhr abends 15 Prozent, von 9—11 Uhr abends 25 Prozent, von 11 bis 2 Uhr nachts 30 Prozent, von 2—6 Uhr bzw. 7 Uhr morgens 40 Prozent. Der Spitzenlohn eines Handsetzers beträgt ab 31. Mai in der Klasse C (Verheiratete über 24 Jahre) wöchentlich 33,60 M.—70 Pfg. Stundenlohn. Die Klasse B (Verheiratete von 21—24 Jahre) erhält 6 Prozent, Klasse A (bis 21 Jahre) 15 Prozent und Ausgelernte im ersten Beschäftigungsjahr 30 Prozent weniger als Klasse C. Ledige erhalten 6 Prozent weniger als die Verheirateten ihrer Klasse. Regelmäßige Sonntagarbeit wird mit 80 Prozent Zuschlag vergütet. Ueberstunden werden mit 25 bzw. 45, bzw. 65 Prozent Zuschlag entschädigt. Die Mindestlöhne für Berlin sind danach z. B. in Klasse C Verheirateter 33,60 M., Lediger 31,58 M., Klasse B 31,58 M., ledig 29,69 M., Klasse A 28,56 M., ledig 26,85 M., Ausgelernte 23,52 M. Diese Lohnvereinbarung gilt bis zum 1. August. Der Manteltarif einschließlich des Arbeitszeitabkommens läuft bis zum 31. Januar 1925.

Stinnes, die Juden, das Teplitzer Theater und die deutschvölkische Wissenschaft.

Ein hakenkreuzerischer Literat oder gar Gelehrter beschäftigt sich in der „Zudenendeutschen Tageszeitung“ und dem „Nordböhmischen Tagblatt“ oder auch umgekehrt in einem Artikel mit: „Stinnes, der Teplitzer Schaubühne und anderen Bekannten der Judenpresse.“ Der gelehrte Literat oder literarische Gelehrte, der sich Staj nennt, hat eine Bekannte, die er als eine sehr kluge und weltgewandte Frau kennt, die ihn am Tage nach dem Tode Stinnes mit dem Ausspruch: „Ich bin wahrhaftig keine Antisemitin, aber wie dieser Jude das Elend des Deutschen Reiches ausgenüht hat, das ist schon wahrlich eine Schande!“ überraschte. Staj staunte und fragt: Wie kam diese kluge Frau zu der Ansicht, erstens, daß Stinnes ein Jude und zweitens, daß er ein Schädiger des Reiches war?

Aber bald hatte es Staj heraus, wieso die Frau zu ihrem Urteile kam. Bei der ungewöhnlichen Logik, die Staj eigen ist, die Leser werden sie noch bestaunen können, ist es kein Wunder, daß er rasch die Erklärung für das Denken seiner Bekannten fand. Staj folgert: erstens der Frau war es einfach undenkbar, daß ein Nichtjude heutzutage in stande war, zu unerhörtem Reichtum zu gelangen, also mußte er wohl ein Jude sein. Man beachte und bewundere die wissenschaftlich begründete Deduktion: Ein Nichtjude kann nicht zu Reichtum gelangen, ein Milliardär kann demnach nicht ein Nichtjude sein, da er nicht ein Nichtjude ist, muß er ein Jude sein. Der Kreis ist lückenlos geschlossen, der Beweis ist vollkommen erbracht, eine Argumentation, die schon Schopenhauer persifliert: „Jede Gans hat zwei Beine; du hast zwei Beine, folglich bist du eine Gans.“ Zweitens, die Waise hatte nur ihr Leibblatt gelesen, in der tagtäglich der Name Stinnes verunglimpft wurde. Also stand es bei ihr auch fest, daß Stinnes — der Jude — sich am Elend des deutschen Vaterlandes freventlich bereichert habe. Also zweite unüberlegliche Schlussfolgerung: die sehr kluge Frau findet in ihrem Leibblatt tagtäglich eine Verunglimpfung Stinnes (wie er zum Juden geformt wurde, siehe weiter oben — und so

stand es fest, daß er sich am Elend des deutschen Vaterlandes freventlich bereichert habe.

In dieser Darstellung ist nur eines zu vermischen, nämlich der Name des Leibblattes, das die Bekannte Staj gelesen hat. Merkwürdig, ganz merkwürdig, daß die Auffassung, jeder der sich bereichert, unbedingt ein Jude ist, in keiner anderen Presse tagtäglich wiederholt wird, wie ausschließlich nur in der hakenkreuzerischen Presse. Und diese Presse ist es auch, die den Marxisten, den Demokraten, kurz allen vernünftigen Politikern das Unglück Deutschlands in die Schuhe schiebt, und die eigentlichen Verderber des Deutschen Reiches ehrt und feiert, wie gerade der Artikel von Staj unwiderleglich beweist. Was sollte Stinnes denn verbroschen haben? fragt Staj ganz naiv, so naiv, wie das unschuldige Völkchen: „Mutter, was ist denn ein Leutnant?“ Und sonderbar, Staj gibt auf seine Frage auch Antwort und sagt:

„Die Judenpresse gekiferte. Zuerst hat er die Ruhrbevölkerung in den Widerstand gegen die Franzosen geholt, um den Verkauf der Mark zu beschleunigen; dann hat er sich unendliche Inflationsgewinne ergaunert; er hat die „halbe“ deutsche Industrie zusammengekauft. Zuletzt hat er das Schändlichste getan: er hat eine große Zahl von Zeitungen aufgekauft, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen.“

Ganz richtig, das hat Stinnes tatsächlich alles getan und eben dadurch hat er das Elend des Deutschen Reiches freventlich zur eigenen Bereicherung ausgenüht. Stinnes hat die Monopolstellung der deutschen Schwerindustrie im Kriege bis zum äußersten ausgenüht, und damit den Grund gelegt nicht nur für seine Machtexpansion in der Nachkriegszeit, sondern auch für die Zerrüttung der deutschen Staatsfinanzen und des deutschen Geldwesens. Auf der Grundlage des Preisdikts für Eisen und Stahl durch die deutsche Schwerindustrie und der Finanzierung des Hindenburgprogrammes durch Reichshauptanweisungen begann die Schraube ohne Ende von Inflation und Preissteigerung in Deutschland. Stinnes war der Führer der Schwerindustrie und welche Verbrechen diese am deutschen Volk beging, ist noch zu lesen in einer Schrift von Rudolf Keller: „Boincars und die deutsche Schwerindustrie“ (Mährisch-Osterr., Verlag J. Kittels Nachf.), in der es zum Schlusse heißt:

„Die Montanindustriellen haben vor dem Kriege durch große Geldauswendungen die übergroßen Flottenrüstungen bewirkt, welche England gegen Deutschland mobilisiert haben und dadurch die europäische Gesamteinstellung endgültig für Deutschlands Niederlage vorbereitet.“

Die Schwerindustrie hat grundsätzlich an deutsche Mitbürger teurer verkauft als an Engländer, daraus riesige Gewinne auf Kosten Deutschlands gezogen, gleichzeitig die mächtige englische Industrie zu Todefinden Deutschlands gemacht.

Im Kriege hat sie das Annexionsprogramm begünstigt, die nordfranzösische und belgische Montanindustrie aus privaten Konkurrenzgründen zerstören lassen und dadurch die Reparationsforderungen der Entente ins Ungemessene erhöht.

Nach dem Kriege hat die Schwerindustrie die Inflation begünstigt. Von den erzielten Inflationsgewinnen hat sie durch Zeitungsläufe und durch Angliederung von Depeschagenturen eine wilde nationalistische Verleumdungskampagne gegen alle gemäßigteren Politiker inszeniert, der Erzberger, Rathenau und viele andere zum Opfer fielen.

Schließlich hat sie die passive Resistenz an der Ruhr organisiert, die Deutschland rund neun Millionen Goldmark gekostet hat, von denen ein sehr großer Teil in die Taschen der Ruhrmagnaten geflossen ist, die vom Reich Zuschüsse erhielten, die sie in wertlosen Papiermark zurückzahlen konnten.“

Stinnes war schon vor dem Kriege Beherrscher der Deutsch-luxemburgischen Bergwerks- und Hüttengesellschaft. Während des Krieges ging er nach Belgien und räumte die belgischen Fabriken aus; er verhandelte mit der Obersten Heeresleitung über die Ausbeutung der Campine, der Kohlenlager im Hinterland von Antwerpen; er setzte die Deportierung der belgischen Arbeiter zur Zwangsarbeit in den deutschen Kriegsbetrieben durch. An der Spitze der Schwerindustrie formulierte er das Kriegs- und Friedensprogramm: Kein Friede ohne die flandrische Küste — denn hinter ihr liegt die Campine! Kein Friede ohne Longry und Vrieh — denn seine Hochöfen verlangten Erz! Es kam der Zusammenbruch, die Markentwertung. Stinnes taufte sich mit Milliarden Papiermark weitere Unternehmungen; die Markschulden wird man durch Entwertung los, die Unternehmungen bleiben.

Stinnes war ein Todfeind der Erfüllungspolitik. Die Franzosen rückten in das Ruhrrevier ein und unter dem Schutze ihrer Bajonette wurde in den Werken Stinnes der Zehnstundentag eingeführt.

Und angesichts aller dieser Verbrechen an Volk und Reich stellt Staj in den Blättern der deutschen Nationalpartei die Frage: Was sollte Stinnes denn verbroschen haben? nachdem er vorher versichert, daß Stinnes unsere (der nationalparteilichen Presse) lebhafteste Anteilnahme gefunden hat. Stinnes war ein edler Charakter, so versichert Staj und die verschiedenen Zeitungen hat er nur aufgekauft, um sie vor dem sicheren Untergang zu retten. Andere Absichten hatte Stinnes natürlich nicht und es ist ihm schon gar nicht eingefallen, die Zeitungen deswegen an sich zu bringen, um damit die öffentliche Meinung zu bearbeiten. Wie könnte ein Stinnes, der die lebhafteste Anteilnahme bei der Deutschen Nationalpartei gefunden hat, denn dergleichen zugemutet werden.

Nachdem Staj Stinnes genügend idealisiert zu haben glaubt, gelangt der gelehrte Literat oder literarische Gelehrte, ganz plötzlich zur Teplitzer Schaubühne, die der Prager jüdischen Presse deswegen nicht in den Kram paßt, weil sie den Deutschen eine Herzenssache war. Dieses Unternehmen, bei dem Staj auch die international gerichtete Sozialdemokratie gnädigst wesentlich mitwirken lassen, ist die größte völkische Tat Deutschböhmens seit dem Umsturz. Die Schaubühne ist eine Kulturstätte und die Arbeiterschaft wird zum Träger der Kultur und muß es werden, wenn anders die Kultur nicht versinken soll, und daher wird die Teplitzer Sozialdemokratie kein Aufstehens wegen der Förderung des Theaterbaues machen. Daß aber eine wüste Deje gegen die Partei und einzelne ihrer Mandatäre gerade wegen des Theaterbaues betrieben wurde, scheint Staj vergessen zu haben. In welche Kategorie dieser mehr als sonderbare Literat einzureihen ist, macht einigermaßen Schwierigkeiten. Entweder ist dieser Schriftgelehrte ein politischer Wikelin d oder einer der gewöhnlichen hakenkreuzerischen Journalisten, die aus weiß-schwarz und aus schwarz-weiß machen. Jedenfalls aber hat die „Zudenendeutsche Tageszeitung“ und das „Nordböhmische Tagblatt“ wieder auf das allerdeutschste gezeigt, daß es mit der größten Begeisterung sich der Kapitalisten und Schädiger Deutschlands und seines Volkes annimmt.

Kleine Chronik.

Der Erreger der Maul- und Klauenseuche entdeckt. Die Entdeckung des Erregers der Maul- und Klauenseuche ist den Professoren Dr. Dahmen und Dr. Frosch vom Hygienischen Institut der Tierärztlichen Hochschule in Berlin gelungen. Die Entdeckung war nur dadurch möglich geworden, daß der Erreger von der Flüssigkeit der Blasen, diese Infektionskrankheit im Maul und an den Äugen der Wiederkäuer hervorruft, getrennt und auf festen Nährböden in Kolonien zur Entwicklung gebracht wurde, wie es voriges Jahr denselben Autoren auch mit dem bisher ebenfalls unbekanntem Erreger der Lungenseuche der Kinder gescheit war. Der Erreger der Maul- und Klauenseuche ist ein mikroskopisch kleines Stäbchen. Es läßt sich auf festen Nährböden nach Art der Bakterien in Gestalt blutkörperchengroßer Kolonien gewinnen, auf diesen und flüssigen Nährböden beliebig fortzüchten und aus der Kultur durch Vermischung auf empfindliche Versuchstiere (Meerschweinchen) unter Erzeugung eines typischen Krankheitsbildes übertragen.

Kunst und Wissen.

Kleine Bühne. — Gastspiel Elisabeth Bergner mit dem Ensemble des Rainaldtheaters, „Fräulein Julie.“ Eigentlich fällt das auch in Prag viel gespielt. „Fräulein Julie“ aus dem Rahmen der Strindberg'schen Stücke. Der Weibschaffer hat hier eine Gestalt geschaffen — vielleicht wird sie auch nur durch die Darbietung Fr. Bergners — die alles Mitgefühl und jede Anteilnahme umso mehr auf sich zieht, als ihr Partner Schuftigkeit und Gemeinheit in einem Grade besitzt, der nur durch seine Rücksichtslosigkeit aufgewogen wird. — Die Grafentochter, die im Taumel des Mittsommer-nachtfestes trotz ihres Stolzes, ihrer bösen Erfahrungen mit dem Verlobten, der ein Elender war, obwohl sie von der niedrig rachsüchtigen Mutter zum Mütterchen erzogen wurde, dem Lakaien, der eine Bedientenkeule im Leibe hat, sich hingibt; die wie sie sagt „Der Sehnsucht des weiblichen Körpers nach dem männlichen Samen unterliegt“, um nach einer Stunde zu erkennen, daß sie nur ein Ast zum Emporklimmen war, daß sie zur Diebin an dem Vater, zur Heimatflüchtigen werden, vielleicht den Tod des stolzen Vaters verschulden muß, daß sie unter ihres Wagnis heruntergewürdigt wird; dieses im wahrsten Sinne gefallene Weib fand durch Fr. Bergner eine vollkommene, erschütternde, rein menschliche (daher nicht im geringsten theatralische) Darstellung, die die grauenhaften Szenen Strindbergs zum wirklichen Kunstwerk werden ließ. — Weisloch, ist ihr Können, wenn sie mit Körper, Geiste und Stimme, mit ihrem Lachen — bewußt und unbewußt — das Männchen reizt — hier ein echtes Strindbergweib; hinreichend ist ihre Raschheit, als sie zum Bewußtsein ihrer Lage kommt, den Genossen ihrer schwache „Hund“ anschreit und bei seinem „Burr“ zusammenbricht; ergreifend ist es, wenn sie die Hände über dem geköpften Feigling zusammenstampft, den der Schuft tötet, um die Flucht mit dem erpreßten Gelde zu erleichtern; unvergleichlich aber ist der Entschluß dargestellt, den einzigen gebotenen Ausweg zu erfassen, der Griff nach dem Rasiermesser, das der wieder Domestik gewordene, in Angst um sich und als Rache für seine eigene Frucht bietet. — H. Edthofer ist der Künstlerin ein vollkommener Partner; Beweis dafür, daß er selbst diese Rolle durch eine Betonung des Variationspunktes, des vergeblichen Strebens aus Niedrigkeit menschlich begreiflich, nicht allzu eitelhaft werden ließ. — Mit Anerkennung sei auch der herb-gläubigen Köchin Christel Grete Kaisers gedacht. — Der Eindruck des Schauspiels war ein so starker, daß er die vorausgehende, von unseren Kräften recht lustig gespielte Bedeutungslosigkeit von Hardtlebens „Lore“ völlig erdrückte.

Dr. A. C.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
 Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Richter.
 Druck: Deutsche Zeitungs-AG, Prag
 Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Wo verkehren wir?

- Café Continental, ¹⁰⁰⁸ Prag-Graben
- Goldenes Kreuzel, ¹⁰⁰⁹ Prag-Nejzanka.
- Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus
Prag, Smekty 22 (Urania). ¹⁰⁰⁰

Gastwirtschaft „Lidový dům“
 der Genossenschaft „Ganymed“
 Täglich. ¹⁰⁰¹ PRAG II., Hybernská
 Konzert. Nr. 7.

Café „Nizza“
 Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.
 Unser Stammlokal.

Deutscher Theatergarten /
 täglich Militär-Konzert.
 // Menu à 7.50 // Donnerstag 7. //

Internationales Musikfest in Prag. (Smetana-Syllabus im tschechischen Nationaltheater: „Dallibor“ — „Ljubuska“). Es ist ein merkwürdiger Zufall, daß gerade diese beiden nationalen Opern Smetanas einen ursprünglich deutschen Text (von Schulrat Wenzig) besitzen, der erst ins Tschechische übertragen wurde. Im Opernschaffen Smetanas bedeuten diese der tschechischen Szenewelt entnommenen Opern einen neuen Abschnitt. Der pathetische oder Heldentitel wird zum erstenmal in durchgreifender Weise angewendet, was sich nicht nur in der reichen Blechbenützung im Orchester, sondern auch im Stil der Werke selbst zeigt, die auf die in den volkstümlichen Opern Smetanas gebräuchlichen geschlossenen „Nummern“ verzichten und musiodramatisch und leitmotivisch im Wagner'schen Sinne geschrieben sind. Was den literarischen Inhalt der Opern anbelangt, so wird im „Dallibor“, den die Tschechen gerne den böhmischen „Heldis“ nennen, die Gattenliebe verherrlicht, die aber im Gegenfuge zum Vergleichswerke Beechovens mit dem tragischen Tode der Gatten endet, während in der „Ljubuska“ die Versöhnung zweier feindlicher Brüder als Symbol der nationalen Einheit dient. Die Aufführung der beiden Meisterwerke zeigte die tschechische Staatsoper auf ragender künstlerischer Höhe. Vor allem der Operndirektor Ottokar Džurcil sei rühmlichst hervorgehoben; von seiner musikalischen Interpretation der beiden Opern ging Wohlklang und Festklang aus. Auch die neue Bühnenausstattung Prof. Ryjeka's in ihrer feierlich imposanten und bei aller Stillförmigkeit doch wunderbar stilvoll-schönen Art erregte mit Recht Bewunderung. Der Regie focht. Pujmonns hätte man nur mehr Leben in den Chor- und großen Ensembleszenen gewünscht. Unter den Solisten waren die Damen der weitaus bessere Teil. Vor allem Marie Belská als hinreichend spielende und singende Milada im „Dallibor“ und Frau Petanová als Ljubuska boten gesangskünstlerische Leistungen allerersten Ranges. Arg enttäuscht hat dagegen der einstige Dreidener Kammerfänger Plásek in den Königsrollen der beiden Opern; nicht nur darstellerisch merkt man der behäbigen Art des Sängers das Alter an, sondern auch seine Stimme rät in der ostnarratischen Singweise und im Forzieren der hohen Töne bedenkliche Alterserscheinungen. Auch der Heldentenor Schůh (Dallibor) vermochte weder gesanglich noch darstellerisch zu überzeugen. Die übrigen Rollen waren in mehr oder weniger guten Händen, im allgemeinen aber bei den Damen besser aufgehoben als bei den Herren. Chor und Orchester entledigten sich ihrer Aufgaben wieder in hervorragender Weise. —ek.

Vom Hoftheater zur Nationalbühne. Der dänische Kultusminister Genoffin Rina Bang, hat eine einschneidende Veränderung in dem Betriebe des Kopenhagener Hoftheaters getroffen, die von der Presse aller Richtungen begrüßt

wurde, indem sie die nicht weniger als sieben — 7 Hoftheaterdirektoren zugunsten eines befestigte. Ihre Begründung dieses Vorgehens bezeichnet diese Tat als den ersten Schritt zur Schaffung einer künstlerisch leistungsfähigen nationalen Bühne in Kopenhagen. Das Hoftheater, nur über eine Szene verfügend, hat zwar gute Opern- und Schauspielkräfte, muß sie aber die halbe Saison in Urlaub schicken zugunsten eines traditionellen Spielplans von Spielopern und „bombastischeren“ Schauspielen. Das einzige weitere künstlerische Betty-Nansen-Theater steht in Verhandlung mit einem Varietédirektor, weil es mit seinem literarischen Spielplan nur Defizits erreichte. Auf den anderen Bühnen herrscht die Revue, das Singpiel, die Operette und Lokalposen. Rina Bang will nun versuchen, vom Finanzminister die 25 Millionen bewilligt zu bekommen, die der Einbau einer zweiten Schauspielbühne in den weitläufigen Hoftheaterkomplex kostet. Eine weitere Schwierigkeit sind gewisse Privilegien der offiziellen Hoftheater. Hier wird der sozialistische Kultusminister noch viel „Aufräumarbeit“ zu leisten haben, ehe frische Luft durch das ebenso ehrwürdige wie in Traditionen erstarrte Haus am Kongens Nytorv wehen kann.

Vierte Theatergemeinschaftsvorstellung. Montag, den 2. Juni findet als vierte Theatergemeinschaftsvorstellung eine Aufführung von Ibsens „Peer Gynt“, mit der Musik von Edward Grieg, statt. Spielplätze von 18 bis 6 K. Kartenvorverkauf bei: Optiker Deutsch, Graben 26, Deutsches Haus, Nikolander-Realschule, Urania-Kasse.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Freitag „Der Humpelmann“; Samstag „Die blaue Maus“; Sonntag abends „Othello“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag Gastspiel Bergner „Fräulein Julie“, „Lore“; Samstag „Komödie um Rosa“; Sonntag halb 11 Uhr Festh. -h. Gymnastik, abends „Das Kamel geht durch das Radelohr“.

Bereinsnachrichten.

Internationaler Ausschuss sozialistischer Studenten. Heute abends acht Uhr Stralaaakademie 2. Stod, Vortrag des bekannten französischen Publizisten Henry Guilbeaux über „Die kulturellen und literarischen Strömungen des neuen Rußland.“ Der französische Vortrag wird ins Tschechische übersetzt. Gäste willkommen.

Turnen und Sport.

Das Schauturnen des 5. Kreises.
 Immer greifbarere Formen nimmt das noch nebelhafte Gebilde des Bundes-Turnfestes an und es läßt die Größe dieser Veranstaltung immer deutlicher vor Augen sehen. Vor allen zwingt uns die im Frühjahr überall sich rapid vermehrende Turntätigkeit zu dieser Ansicht und es zeigt sich zugleich auch ein eifriges Rüsten unter den Vereinen. Bereits sind die Vorarbeiten in turnerischer Hinsicht soweit gediehen, daß mit den Probesturnen in größeren Massen begonnen werden kann. Am 8. Juni (Pfingstsonntag) tritt der obere Teil des 5. Kreises in Seestadt vor die Öffentlichkeit, acht Tage später, am 15. Juni wird in Ausfug auf den städtischen Spielwiesen der untere Teil des Kreises seine Proben durchführen.

Wir würden darüber kaum berichten, wenn diese zwei Kreisveranstaltungen nicht vom größten Kreise des Verbandes durchgeführt würden und ob ihrer Größe begreiflicher Weise auch einen festlichen Charakter einnehmen. Nichtsdestoweniger sind sie doch auch Lehr- und Lernfeste fürs Bundes-Turnfest. Der Samstag bringt in beiden Orten Vorrunde und Endspiele. Aus jedem Bezirk werden Stafetten abgehen, die fast alle Orte des Kreisgebietes berühren. Schon in den Straßenläufen offenbart sich eine wirksame Agitations- und Weibekraft für die Turnsache. Sonntag früh sehen wir die Turner, Turnerinnen und Sportler zum Wettkampf antreten. Auch der Wettkampf trägt, trotz seines Kampfscharakters, nur ideale Momente. Nicht der Geist alter „Felden“ ist Leitmittel oder Jugmittel zum Wettturnen, sondern unser Wettkampf ist ein Wertungsturnen. Zeichen des Fortschrittsgebades in der Entwicklung, Ansporn zur Weiterausbildung. Neben den Einzelkämpfen wird auch das Vereinswettturnen einen breiten Raum einnehmen. Der weitere Teil des Vornmittages wird mit Proben zur Hauptprobe aller Attiven ausgefüllt sein.

Um halb 2 Uhr wird ein kurzer Festzug den Nachmittag einleiten, der in seiner weiteren Folge das Auftreten der Kinder und Erwachsenen, beiderlei Geschlechts, zu den Massenfreübungen bringt. In Seestadt wird außerdem Samstag abends ein Konsums turnerische Feinarbeit zeigen. Das letzte Kreisturnfest in Bodenbach, bei welchem an 18.000 Festzugsteilnehmer gezählt wurden, läßt erwarten, daß auch diesmal bei beiden Veranstaltungen der Festzug zu einer gewaltigen Manifestation des Körperport treibenden Proletariats wird.

An alle Arbeiter und Arbeiterinnen richten wir den Ruf: Besucht diese Schauturnen!

Es soll neuerlich gezeigt werden, daß Leibesübungen für das Proletariat notwendig sind. Der Aufsicht zum Bundes-Turnfest steht ein: ihn würdig und feierlich zu gestalten, ist unsere Aufgabe.

Das schmeckt!

Jede Hausfrau weiß, wie sehr sie Hausgenossen mit feinen Torten u. herrlichem Backwerk überraschen kann, sie schreckt aber oft vor den hohen Butterpreisen zurück.

VITELLO reicht ihr hilfsbereit die Hand.

Mit VITELLO läßt sich das herrlichste Gebäck herstellen. — Es schmeckt ebenso gut wie mit Naturbutter gebacken, stellt sich aber nur halb so teuer. —

Verlangen Sie kostenlose Zusendung unserer Kochrezepte. —

Das besondere Klimverfahren (verbuttern) macht VITELLO zum Liebling aller Hausfrauen.

Kaufen Sie heute noch „VITELLO“!

VITELLO